

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

146.

SITZUNG

16-2-1968

Presidente: PUPP

Vicepresidente: BERTORELLE

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 117 :

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 »

pag. 3

Bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1968 (n. 23/D)

pag. 105

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 117 :

« Haushaltseinnahmen- und Ausgabenvoranschlag der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1968 »

Seite 3

Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Finanzjahr 1968 (Nr. 23/D)

Seite 105

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.15.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 15.2.1968.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il processo verbale è approvato.

Signori consiglieri, devo informare il Consiglio che io ho mandato un telegramma di congratulazioni alla signorina Erika Lechner, che ha saputo guadagnarsi la terza medaglia d'oro alle Olimpiadi di Grenoble.

Riprendiamo ora la discussione sul *disegno di legge n. 117: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1968 »*.

E' in discussione la rubrica lavori pubblici e credito.

La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Darf ich vielleicht ersuchen, auch den Assessor hereinzurufen?

(*Kleine Pause*).

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den die öffentlichen Arbeiten betreffenden Teil des letzten Haushalts der laufenden Legislaturperiode. Wenn ich auf die Haushaltspläne dieses Assessorates für öffentliche Arbeiten zurückblicke, dann muß ich feststellen, daß in diesen letzten vier Jahren, einschließlich des laufenden Jahres für dieses Assessorat nichts Neues unternommen worden ist. Auch die bestehenden Regionalgesetze sind nur sehr spärlich refinanziert worden. Hierzu möchte ich jetzt Stellung nehmen.

Ich beginne mit dem Regionalgesetz Nr. 17 vom 1. Juli 1963. Dasselbe ist vom Regionalrat zwecks Finanzierung eines mehrjährigen Programmes zur Durchführung öffentlicher Ar-

beiten in den beiden Provinzen Trient und Bozen im Jahre 1963 herausgegeben worden. Damals wurde angenommen, daß der seinerzeit festgestellte Bedarf mit diesem Regionalgesetz gedeckt werden könne. In der Zwischenzeit hat sich jedoch herausgestellt, daß der Bedarf erheblich größer war, weil die Gemeinden viel mehr Gesuche eingereicht haben, als angenommen worden war. Wir haben deshalb, was Südtirol betrifft, einen Stoß zu erledigender Gesuche über annähernd 20 Mrd Lire und ich nehme an, daß es hinsichtlich des Trentino nicht viel anders sein wird. Zu diesen 20 Mrd gehören auch die im Jänner 1968 eingereichten Gesuche und gemessen am genannten Gesamtbetrag kann wohl gesagt werden, daß unsere Gemeinden von der ihnen gebotenen Möglichkeit reichlich Gebrauch gemacht haben. Im letzten Dezember haben wir hierauf zur Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 Lire 50 Millionen je Provinz erhalten. Wenn wir nun diese 50 Millionen verteilen und im Durchschnitt einen Zinsenbeitrag von nur 5% gewähren, was als sehr niedrig zu betrachten ist, dann können wir maximal Arbeiten für 1 Milliarde Lire finanzieren und nicht mehr. Das sind genau 5% der aufliegenden Gesuche und jeder kann sich vorstellen, was dies bedeutet. Aber nun steht ja in der Bilanz bzw. im Bericht geschrieben, daß der Regionalausschuß auch im heurigen Jahr dieses Gesetz Nr. 17 zu refinanzieren gedenkt, wofür 300 Millionen Lire vorgesehen werden, also 150 für die Provinz Bozen und ebensoviel für die Provinz Trient. Von diesen 300 Millionen müssen leider die 100 Millionen abgezogen werden, die für die Refinanzierung vom letzten Dezember notwendig sind, so daß für Neufinanzierungen nur mehr 200 Millionen übrigbleiben, dh. 100 Millionen je Provinz. Wenn wir nun auch hier einen durchschnittlichen Zinsenbeitrag von 5% gewähren wollen, dann

könnten wir maximal Arbeiten für 2 Milliarden Lire finanzieren. Aber ich muß zu bedenken geben, daß manchen Gemeinden nicht nur 5% Zinsenbeitrag gewährt werden kann, weil sie sonst nicht in der Lage wären, die Arbeiten durchzuführen. Auf Grund der letzten Refinanzierung und der heurigen werden die voraussichtlichen Finanzierungsmöglichkeiten wahrscheinlich insgesamt 2,5 Milliarden Lire für die gesamte Provinz ausmachen. Gegenüber den bereits erwähnten 20 Milliarden bedeutet dies, daß etwas mehr als 10% der aufliegenden Gesuche berücksichtigt werden kann.

Aber es kommt noch etwas Schwerwiegenderes dazu und ich habe schon anlässlich der letzten Refinanzierung darauf hingewiesen. Die 50 Millionen sind nämlich für die Zinsenbeiträge vorgesehen worden, es wurde jedoch vollkommen vergessen, auch an die defizitären Gemeinden zu denken. Art. 6 des bestehenden Regionalgesetzes Nr. 17 sieht ja vor, daß den defizitären Gemeinden auch Verlustbeiträge bis zu 50% gewährt werden können, ferner auf die restliche Summe zusätzlich noch einen Zinsenbeitrag. Nur so können die defizitären Gemeinden und demnach die finanziell schwächsten Gemeinden in die Lage versetzt werden, auch öffentliche Arbeiten durchzuführen. Im ersten Refinanzierungsgesetz vom letzten Dezember ist diesem Umstand nicht Rechnung getragen worden, als ob es überhaupt weder im Trentino noch in Südtirol keine defizitären Gemeinden gäbe. Ich glaube, dem müßte jetzt begegnet werden. Ich habe jetzt im Haushalt nachgesehen und — wie schon vorhin gesagt — festgestellt, daß lediglich diese 300 Millionen Lire für die Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 vorgesehen sind, von denen zudem noch 100 Millionen für die alte Refinanzierung abzuschreiben sind, so daß 100 je Provinz verbleiben. Was geschieht nun mit diesen 100 Millio-

nen? Werden sie ausschließlich für Zinsenbeiträge hergenommen, oder wird von denselben noch ein Teil weggenommen, damit auch an die defizitären Gemeinden Verlustbeiträge gewährt werden können? Oder gedenkt der Regionalausschuß noch zusätzlich einen Betrag für das Gesetz Nr. 17 zur Verfügung zu stellen, damit zu den für Zinsenbeiträge vorgesehenen 100 Millionen auch Verlustbeiträge an die defizitären Gemeinden gewährt werden können? Sollte nun der Regionalausschuß nicht daran denken denselben nicht auch Verlustbeiträge zu gewähren, dann wäre es keine gute Refinanzierung, weil dann von diesen Vergünstigungen die betreffenden Gemeinden ausgeschlossen blieben. Ich möchte deshalb hierüber vom zuständigen Assessor eine genauere Antwort.

Wie ich in der Finanzkommission in Erfahrung bringen konnte, sind die 100 Millionen für Zinsenbeiträge vorgesehen. Aber nun erhebt sich die Frage: Was gedenkt der Regionalausschuß zugunsten der defizitären Gemeinden zu tun?

Ferner, eine zweite ebenso wichtige Frage: die der Refinanzierung. Schon vor einem oder sogar zwei Jahren wurde gesagt, der Regionalausschuß habe die Absicht, das Gesetz Nr. 17 abzuändern. Die eindringlichsten Wünsche und Forderungen hierüber sind, wie ich glaube, von den Sozialisten vorgebracht worden; sie sagen, dieses Regionalgesetz sei in seiner jetzigen Fassung nicht zweckentsprechend, weil auf Grund desselben an gewisse Genossenschaften anstatt an Gemeinden Gelder verteilt und auch Komitees sowie Interessenschaften berücksichtigt würden, was unbedingt zu vermeiden wäre. Meinen Standpunkt habe ich schon damals klar bekanntgegeben. Hiernach sollten auf Grund des 17er Gesetzes nicht nur die Gemeinden allein, sondern für bestimmte Zwecke auch Genossenschaften oder andere In-

stitutionen in den Genuß der Vergünstigungen gelangen. Es gibt nämlich oft Situationen, wo die Gemeinde nicht in der Lage ist, dieselben zu meistern und wo unbedingt Genossenschaften herangezogen werden müssen. So wissen wir genau, daß z.B. in Gemeinden mit viel Fraktionen oft auch eine Fraktionstrinkwassergenossenschaft gegründet werden muß, da die Gemeinde erklärt, sie könne nicht selbst in jeder Fraktion eine Trinkwasserleitung bauen. Die Einwohner der Fraktionen sind daher gezwungen eventuell auch mit Hilfe der Gemeinde selbst die Trinkwasserversorgung zu sichern. Andererseits gibt es oft auch Fälle, wo z.B. eine Genossenschaft besser geeignet ist, um irgendein anderes Bauvorhaben zu verwirklichen. Ich denke z.B. in der Provinz Bozen an die Kindergartengenossenschaften, die gegründet worden sind, um einen Kindergarten zu bauen und zu führen und die sich bestens bewährt haben. Diese Beispiele beweisen, daß man von solchen anderen Körperschaften bzw. Genossenschaften nicht absehen kann. Aus all diesen Gründen bin ich, wie schon erklärt, der Meinung, daß durch die Änderung des Gesetzes nicht nur die Gemeinden berücksichtigt werden dürfen.

Nach dem was ich gehört habe, sollen bestimmte Arbeiten überhaupt nicht mitfinanziert werden können. Ich bin aber der Ansicht, daß jegliche Arbeit, soweit es sich um öffentliche Arbeiten im Sinne dieses Gesetzes handelt, finanziert werden müßten. Auch hierüber bitte ich den Herrn Assessor, mir eine genaue Antwort zu geben.

Ich wollte noch eine Bitte hinzufügen. Schon im vergangenen Jahr ist anläßlich der Haushaltsdebatte von der Refinanzierung des Gesetzes Nr. 17 gesprochen worden, wenn ich mich nicht täusche, war es im März. Die Geld-

mittel standen dann im Dezember zur Verfügung.

Deshalb bitte ich den Regionalausschuß und in ersten Linie den zuständigen Assessor, nicht auch dieses Jahr die Refinanzierung so lange hinauszuzögern, daß das Geld erst im Spätherbst oder Winter zur Verfügung steht. Die sich um die Beiträge aus diesem Gesetz bewerbenden Gemeinden und anderen Körperschaften können aus leicht begreiflichen Gründen nicht allzulange auf die Finanzierung ihrer Bauvorhaben warten. Außerdem ist es doch selbstverständlich, daß die Finanzierung im Frühjahr zugesichert werden muß, damit nicht wiederum eine Bausaison verlorenggeht, weil ja die Gemeinden und andere Körperschaften nicht bauen können, wenn sie nicht rechtzeitig ihren Finanzierungsplan aufzustellen in der Lage sind.

Ferner möchte ich vom Assessor erfahren, ob auch das Regionalgesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 im heurigen Jahr refinanziert wird oder ob dasselbe aufgegeben werden soll. Dieses Regionalgesetz Nr. 3 ist, wie Sie selbst wissen, Herr Assessor besonders für Bauvorhaben von 3, 4, 5 bis 6 Millionen Lire sehr günstig gewesen und für die es sich praktisch nicht rentiert, aus dem 17er Gesetz einen Zinsenbeitrag zu gewähren und wo die Gemeinden sich viel lieber mit einem geringeren Verlustbeitrag als mit einem höheren Zinsenbeitrag zufrieden geben. Deshalb bitte ich den zuständigen Assessor mir zu sagen, ob der Ausschuß nicht eventuell gedenkt, auch dieses Regionalgesetz Nr. 3 vom Jahre 1951 zu refinanzieren.

Ich komme nun zu einem anderen Thema, das ebenfalls schon mehrmals dh. drei- oder viermal anlässlich der Bilanzdebatte auch von mir angeschnitten worden ist. Sie wissen selbst genau, daß im Jahre 1956 das Regionalgesetz Nr. 19 erlassen worden ist. Auf Grund dessel-

ben werden die Landesverwaltungen ermächtigt, Gemeindestrassen zur ordentlichen Instandhaltung zu übernehmen, ohne deshalb provinzialisiert zu werden. Da den Landesverwaltungen hierdurch beträchtliche Spesen erwachsen, war es verständlich, daß die Regionalverwaltung dafür einen Beitrag vorsah, der damals in Höhe von 70.000 Lire je Kilometer der übernommenen Straßen festgesetzt wurde. Das war im Jahre 1956, doch seit 1956 sind die Instandhaltungskosten ganz erheblich gestiegen, ohne daß der Regionalausschuß es für erforderlich betrachtet hätte, diesen Kostenzuschuß ein wenig den heutigen Verhältnissen anzupassen. Dieser Tatsache gegenüber ist herauszuheben, daß der Staat für die Provinzstraßen und für deren ordentliche Instandhaltung nicht nur 70.000 Lire je Kilometer, sondern 300.000 Lire je Kilometer an Zuschuß gewährt. Wenn nun die Landesverwaltung solche Gemeindestraßen zur Instandhaltung übernimmt, dann bedeutet dies, daß sie für den Großteil der Kosten aufzukommen hat. Die Gemeinde selbst zahlt nämlich nur einen bescheidenen Beitrag, der laut Gesetz 19 zwischen 20.000 und 100.000 maximal schwankt. Angesichts der nicht gerade rosigen Finanzlage der Gemeinden beträgt dieser Beitrag im Durchschnitt 40.000 bis 50.000 Lire. Die Provinz erhält also von der Region 70.000 Lire je Kilometer und 40.000 bis 50.000 von den jeweiligen Gemeinden, dh. insgesamt 110.000 bis 120.000 je Kilometer; für den Rest muß sie leider selbst aufkommen. Zu all dem kommen aber noch die Straßenwärterkosten, die sich einschließlich Familienzulagen, Sozialversicherung usw. auf 1,5 und 2 Millionen Lire jährlich je Straßenarbeiten belaufen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß jeder Straßenwärter nur 5 bis 6 km bewältigen kann, sodaß gemessen an der Gesamtkilometerlänge allein diese Kosten einen

hohen Betrag ergeben. Dazu kommen noch die Materiallieferungen für Teer, Split, Wehrsteine usw., ferner die Kosten für die Schneeräumung, die Streuung von Sand und Schotter. Was die Instandhaltung einer solchen Straße kostet, kann sich deshalb jeder selbst ausrechnen. Deswegen wäre es schon höchste Zeit gewesen, den Betrag der Region von 70.000 Lire je Kilometer endlich zu revidieren.

Ich möchte noch einen Punkt berühren, der ebenfalls angeschnitten werden muß, und zwar das Regionalgesetz vom 10. November 1965 Nr. 13. Mit diesem Regionalgesetz hat der Regionalausschuß einige sehr gute Initiativen zum Bau von Straßen zugunsten der Gemeinden unterstützt. Ich möchte betonen, daß es ein gutes Gesetz war, weil die Region zusätzlich zum Staatsbeitrag an die Gemeinden noch einen 1%igen Beitrag gewährt hat, sodaß die normalerweise nur über wenig Mittel verfügenden Gemeinden in die Lage versetzt worden sind, diese Arbeiten auch durchführen zu können. Ich möchte jetzt diese Bauvorhaben nicht aufzählen, aber es sind alles sehr große Bauvorhaben, so z.B. auf dem Ritten mit 260 Millionen, 360 Millionen für die Straße von Deutschnofen-Petersberg, die Straße nach Steinegg, usw. Es waren 7 oder 8 derartige Bauvorhaben. Nun hat der Regionalassessor für öffentliche Arbeiten auch die löbliche Initiative ergriffen, einen Beitrag für die zusätzliche Finanzierung der Tschöggelbergstraße vorzusehen. Nur ist etwas vielleicht nicht ganz in Ordnung: im Haushalt sind nämlich nur 9 Millionen vorgesehen worden! Der Herr Regionalassessor weiß ja genau, in welcher Höhe und für welche Baulose der Beitrag schon gegeben worden ist. Wenn also die betreffenden Baulose finanziert werden sollen, für die der Staat schon einen Beitrag zugesichert hat, dann müßten von der Region nicht nur 9 Millionen, sondern 16

Millionen vorgesehen werden, damit diese Baulose in allernächster Zeit verwirklicht werden können, weil sonst die Kosten der vom Staat mitfinanzierten Baulose nur zum Teil gedeckt wären. Bei der Finanzierung handelt es sich um folgende Beiträge: Baulos Nr. 1 770 Millionen Lire für die Strecke Meran-Hafling, Baulos Nr. 2 für die Strecke Meran-Hafling 200 Millionen Lire, ferner, 600 Millionen Lire für ein erstes Baulos für die Straße Bozen-Jenesien. Es sind also genau 1 Milliarde 570 Millionen.

Ich bitte daher den zuständigen Regionalassessor dringend, den im Haushalt vorgesehenen Betrag von 9 Millionen Lire auf 16 Millionen zu erhöhen, damit wenigstens die bereits vom Staat finanzierten Baulose in Angriff genommen werden können. Der Herr Assessor erkennt je die Situation genau so gut wie ich, nachdem er über den Regionalausschuß die Projektanten beauftragt hat, die Projekte für die Trassen Meran-Hafling, Bozen-Jenesien und Jenesien-Hafling auszuarbeiten. Wie ich gehört habe sollen die Ausführungsprojekte schon in allernächster Zeit in Angriff genommen werden. Wenn also daran gedacht wird, dieselben im Laufe des Frühjahres oder des Sommers zu verwirklichen, dann müßte für diese Zeit auch die notwendige Finanzierung gesichert werden.

Auch für den Bau der Tschöggelbergstraße möchte ich den Herrn Assessor ersuchen, noch zusätzlich Geld zur Verfügung zu stellen.

Ich habe jetzt noch einen letzten Punkt, wegen dem ich mich dieses Jahr an den Assessor für öffentliche Arbeiten wende, nachdem ich mich im abgelaufenen Jahr in derselben Sache bereits an Assessor Albertini gewendet hatte. Es handelt sich dabei um die Autobahn. Da auch Sie, Herr Assessor, genau wie Herr Assessor Albertini Mitglied des Verwaltungsrats der Autobahngesellschaft sind, ist Ihnen der Fall der Ausfahrt im Unterland hinreichend

bekannt. Anlässlich der Haushaltsdebatte hatte ich im März 1967 im Zusammenhang damit an Assessor Albertini eine präzise Frage gerichtet, auf die er mir bis heute trotz seines Versprechens die Antwort schuldig geblieben ist. Inzwischen sind, seitdem ich ihm diese Frage gestellt hatte, 11 Monate verstrichen, aber seine Antwort ist mir bis heute noch nicht gegeben worden. Nachdem es keinen « Autobahn-Assessor » gibt und ich annehmen muß, daß die betreffenden Arbeiten eher unter die Zuständigkeit des Assessorats für öffentliche Arbeiten anstatt unter die des Assessors Albertini fallen, möchte ich folgende Anfrage an ihn richten: Sie wissen genau Herr Assessor, daß die Autobahngesellschaft die Ausfahrt von Auer weiter nach Süden und zwar nach Vill, also zwischen Auer und Neumarkt, verlegt hat; sie war seinerzeit auf Wunsch der Gemeinde Neumarkt und der Gemeinden des Fleimstales verlegt worden, obwohl die Landesverwaltung sich absolut dagegen ausgesprochen hatte. Letztere hätte ohne weiteres die Ausfahrt dort unten akzeptiert, jedoch ein klein wenig weiter nach Norden und nicht dort, wo sie von der Autobahngesellschaft auf Wunsch der Fleimstaler Gemeinden vorgesehen wurde. Schon im abgelaufenen Jahr hatte ich erklärt, daß diese Ausfahrt für die Provinz einen beträchtlichen finanziellen Schaden mit sich bringen wird. Dies deshalb, weil der ganze Verkehr von der Autobahn über die unzulängliche Straße von Vill nach Montan ins Fleimstal geschleußt wird. Höchstwahrscheinlich wird auch der ganze Verkehr vom Fleimstal zur Autobahn über Montan und Vill hinuntergeleitet, obwohl diese Straße dem gesteigerten Verkehr nicht gewachsen ist. Wie ich schon im vorigen Jahr gesagt habe, sehen wir uns als Landesverwaltung in keiner Weise veranlaßt, diese Straße neu zu bauen, was angesichts des anfallenden zukünftigen Verkehrs unumgän-

glich werden wird. Wir können es absolut nicht tun, nachdem schon von der ANAS eine Straße, dh. die Straße von Auer, Montan nach Kalditsch vollkommen ausgebaut worden ist und zwar gerade im Hinblick auf den Bau der Autobahn. Es wäre daher richtiger gewesen, den Verkehr ins Fleimstal und von dort zur Autobahn über die Straße von Montan hinunter nach Auer zu leiten. Es wird also etwas realisiert, was weder für die Provinz Bozen noch für die Gemeinden des Fleimstales von Nutzen sein wird; letztere hätten den gleichen Nutzen, wenn der Verkehr über die Straße Montan-Auer geleitet würde. Für die Südtiroler Landesverwaltung bedeutet dies aber jedenfalls einen Schaden. Aber es kommt noch etwas dazu, Herr Assessor, und ich habe dies auch bei der letzten Haushaltsdebatte aufgeworfen: Mit der ersten ursprünglich geplanten Lösung mit der Ausfahrt in Auer konnte das Kalterer-See-Gebiet von Tramin aus erreicht werden und zwar mit einer Bahnunterführung, sodaß kein Bahnübergang nötig gewesen wäre. Mit der neuen Lösung ist jedoch nach den letzten mir bekannten Plänen die Verbindung mit dem Kalterer See, mit Kaltern und mit dem Überetsch im allgemeinen sowie mit Tramin durch einen Bahnübergang vorgesehen. Es ist merkwürdig, daß es im zwanzigsten Jahrhundert, in dem auf dem Gebiet des Straßenbaus vom Staat und allen übrigen öffentlichen Körperschaften die Bahnübergänge immer mehr durch Bahnüber- oder -unterführungen ersetzt werden, noch Leute gibt, die behaupten, für die Zufahrt zur Autobahn genüge es vollkommen Bahnübergänge bzw. Bahnschranken vorzusehen. Das wurde seinerzeit von der Autobahngesellschaft nicht etwa mündlich gesagt, sondern in einem Schreiben niedergelegt: Die Zufahrt zur Autobahn, heißt es darin, sei nicht so wichtig, daß unbedingt an die Beseitigung des Bahnüberganges

gedacht werden müsse. Wir haben dies als Landesverwaltung als etwas Unsinniges betrachtet, daß für die Zufahrt zur Autobahn Bahnschranken vorgesehen werden. Wir haben deshalb mehrmals darauf bestanden und den Wunsch geäußert, man möge doch eine Überführung vorsehen, um dadurch den Erfordernissen des modernen Straßenverkehrs besser Rechnung zu tragen. Für den Augenblick interessiert es mich deshalb am meisten zu erfahren, ob die Autobahngesellschaft endlich daran denkt; von diesem Bahnübergang Abstand zu nehmen und anstatt dessen ein Bahnüberführung zu bauen. Ich glaube, Herr Assessor, daß Sie genau wie ich von der Richtigkeit unserer Auffassung überzeugt sind, denn andernfalls würden wir uns später berechtigter Kritik und Vorwürfen aussetzen. Ich wollte anlässlich der heurigen Haushaltsdebatte onchmals hierauf hinweisen und wenn sie mir heute noch keine genaue Antwort geben können, dann werde ich noch etwas zuwarten. Jedenfalls glaube ich, daß es notwendig ist, diesen wunden Punkt endlich einmal zu klären, vor allem im Interesse der ganzen Bevölkerung, die auf der rechten Seite der Etsch lebt: Kalterer See, Überetsch, Tramin usw.

(Posso pregarla, signor Presidente, di chiamare dentro anche l'assessore?)

(Breve pausa).

Egregio signor Presidente! Colleghe e Colleghi! Oggi tratteremo dunque quella parte che nel bilancio della corrente legislatura riguarda i lavori pubblici. Scorrendo i preventivi che concernono, sul bilancio, l'Assessorato ai Lavori Pubblici, devo constatare come negli ultimi quattro anni, compreso quello in corso, nulla di nuovo sia stato intrapreso.

Cominciamo dunque dalla legge regionale

n. 17 dell'1 luglio 1963. Essa venne emanata dal Consiglio regionale allo scopo di finanziare un pluriennale programma concernente l'attuazione di lavori pubblici nelle province di Trento e Bolzano. Si ritenne, allora, che al fabbisogno fissato a suo tempo si potesse sopperire con questa legge regionale. Nel frattempo è emerso però che detto fabbisogno era molto più rilevante, in quanto i Comuni avevano presentato un numero di istanze superiore al previsto. Noi abbiamo perciò, per quanto riguarda l'Alto Adige, un cumulo di istanze inevase, pari cioè ad un'ammontare di circa 20 miliardi di lire, e suppongo che nel Trentino le cose non stiano molto diversamente. Alle suddette istanze vanno aggiunte anche quelle presentate nel gennaio 1968 per cui, considerando dunque l'importo complessivo, si può ben dire che i nostri Comuni hanno sfruttato abbondantemente le possibilità loro offerte. Nello scorso dicembre ciascuna provincia ha quindi ricevuto, per il rifinanziamento della legge n. 17, 50 milioni di lire. Suddividendo ed assegnando quindi questi 50 milioni, ad un contributo in conto interessi del 5% — abbastanza basso direi — si potranno finanziare, al massimo, lavori per 1 miliardo di lire, il che significa in altre parole evadere esattamente il solo 5% delle istanze giacenti; ognuno può ben immaginare cosa ciò significhi! Ora risulta peraltro dal bilancio che la Giunta regionale si propone di rifinanziare anche quest'anno la citata legge n. 17, mediante uno stanziamento di 300 milioni di lire, cioè 150 milioni per ciascuna delle due province. Da questi 300 milioni dovranno purtroppo venire detratti i 100 milioni necessari per il rifinanziamento dello scorso dicembre, il che significa che ne rimarranno solo 200, vale a dire 100 milioni per provincia. Se anche in questo caso concederemo un contributo in conto interessi del 5%, si potranno finanziare lavori per un

massimo di 2 miliardi di lire. Devo però anche far presente che ad alcuni Comuni non potrà essere concesso solo un contributo in conto interessi, poiché in tal caso non sarebbero in grado di effettuare i lavori necessari. In base all'ultimo rifinanziamento ed a quello previsto per quest'anno, si calcola che le possibilità di finanziamento si aggireranno complessivamente sui 2,5 miliardi di lire per l'intera provincia. Ciò significa quindi che con i menzionati 20 miliardi potranno venire prese in considerazione un po' più del 10% delle istanze giacenti.

C'è però ancora qualcosa di grave, a cui avevo peraltro già accennato in occasione dell'ultimo rifinanziamento. Stanziando i 50 milioni di contributi in conto interessi ci si è completamente dimenticati dei Comuni deficitari. Nell'art. 6 della vigente legge regionale n. 17 è previsto che ai Comuni deficitari possano venire erogati anche contributi a fondo perso, fino al 50%, ed inoltre un suppletivo contributo in conto interessi sul rimanente importo. Solo in tal modo infatti i Comuni deficitari, quelli cioè finanziariamente più deboli, potranno essere messi in condizione di effettuare anche lavori di pubblica utilità. Nella prima legge di rifinanziamento del dicembre scorso non si è tenuto in alcun conto questo particolare, si è proceduto cioè come se in Trentino ed in Alto Adige non ci fossero Comuni deficitari. Ho dato un'occhiata al bilancio — e come già detto dianzi — ho constatato che per il rifinanziamento della legge n. 17 sono previsti unicamente questi 300 milioni dei quali, una volta detratti i 100 milioni per il vecchio finanziamento, resteranno 100 milioni per provincia. Com'è che si intende dunque procedere con questi 100 milioni? Dovranno servire esclusivamente per i contributi in conto interessi, oppure si pensa di utilizzarne una parte per i contributi a fondo perso da concedersi ai Comuni deficitari? O in-

tende forse la Giunta regionale mettere a disposizione, per la legge n. 17, un importo supplementare onde poter concedere, oltre ai 100 milioni previsti per contributi in conto interessi, anche dei contributi a fondo perso ai Comuni deficitari? Qualora la Giunta regionale non fosse dell'avviso di erogare anche detti contributi a fondo perso, questo rifinanziamento lascerebbe alquanto a desiderare, appunto perché i Comuni deficitari rimarrebbero esclusi dalle facilitazioni in parola. Desidererei pertanto che il competente assessore mi fornisse una precisa risposta in merito.

Come ho appreso dalla Commissione Finanze e Patrimonio, i 100 milioni di lire sono previsti per contributi in conto interessi. Ma qui sorge appunto il quesito: cosa intende fare la Giunta regionale a favore dei Comuni deficitari?

Ed ecco ora un secondo punto altrettanto importante, quello cioè del rifinanziamento. Già un anno fa, o addirittura due, si disse che la Giunta regionale intenderebbe modificare la legge n. 17. A tal proposito le richieste più pressanti pervengono, mi pare, da parte dei socialisti, i quali affermano infatti che questa legge regionale non è, nell'attuale testo, conforme allo scopo, in quanto, ai sensi della stessa, il denaro è stato assegnato a determinate Associazioni anziché ai Comuni ed inoltre, che ai fini dell'assegnazione sono stati presi in considerazione anche dei Comitati nonché delle Società di interessenza, il che sarebbe assolutamente da evitarsi. Il mio punto di vista io l'ho espresso chiaramente già allora. Secondo me dovrebbero, in base alla legge 17, poter fruire delle facilitazioni non solo i Comuni ma, in determinati casi, anche Consorzi o altri Enti o Istituzioni. Si verificano infatti spesso delle situazioni che i Comuni si trovano nell'impossibilità di fronteggiare, per cui è assolutamente necessario ricor-

rere ai Consorzi. Sappiamo ad esempio che in un Comune con molte frazioni, il quale dichiara di non riuscire da solo a fornire ogni frazione di un acquedotto, è necessario, il più delle volte, creare un Consorzio. Gli abitanti delle frazioni si vedono quindi costretti a provvedere da soli, aiutati forse in parte dal Comune, per avere l'acqua potabile. Vi sono, ad esempio, anche casi in cui un Consorzio è più qualificato di un Comune per realizzare una qualsiasi opera pubblica. Cito, tanto per fare un esempio, i Consorzi-Giardini d'Infanzia, creati e preposti appunto allo scopo, vale a dire alla costruzione, conduzione e protezione dei giardini d'infanzia. Tale esempio dimostra che questa ed altre Associazioni del genere non vanno assolutamente trascurate. Ecco i motivi per cui sono, come già detto, dell'avviso che la modifica di legge non dovrebbe tornar a solo vantaggio dei Comuni.

Da quanto ho sentito, vi sono lavori che pare non possano proprio venir finanziati. Io ritengo, per contro, che qualsiasi lavoro, qualora si tratti di opere pubbliche previste in questa legge, dovrebbe beneficiare del finanziamento. Prego il signor assessore di fornirmi anche a tal riguardo una precisa risposta.

Avrei un'ulteriore preghiera da rivolgere. Sul rifinanziamento della legge 17 venne discusso già l'anno scorso in occasione del dibattito sul bilancio, se non erro in marzo; i fondi furono poi resi disponibili a dicembre.

Prego pertanto la Giunta regionale, e soprattutto il competente assessore, di non trascinarla anche quest'anno tanto per le lunghe con questo rifinanziamento, onde non si verifichi che il denaro venga reso disponibile appena nel tardo autunno o in inverno. I Comuni e gli altri Enti che attendono di veder evase le loro istanze non possono, per motivi facilmente intuibili, attendere ancora troppo a lungo il fi-

nanziamento dei loro progetti edili. D'altronde è ovvio che gli interessati debbono poterne disporre in primavera, al fine di evitare che se ne vada persa un'altra volta la stagione propizia; sappiamo infatti che detti Enti non possono certo dar inizio ai lavori senza un piano di finanziamento.

Vorrei inoltre sapere dal signor assessore se anche la legge regionale n. 3 del 1951 verrà rifinanziata quest'anno, o meno. Come lei stesso sa, signor assessore, questa legge n. 3 è stata assai utile, specie per progetti edili da 3-4-5 milioni di lire, per progetti cioè per i quali non conviene in effetti concedere i contributi in conto interesse previsti dalla legge 17; è utile inoltre, nei casi in cui i Comuni preferiscono di gran lunga ricevere un modesto contributo a fondo perso anziché un congruo contributo in conto interessi. Prego pertanto il competente assessore di dirmi se la Giunta non sarebbe eventualmente propensa a rifinanziare anche la legge regionale n. 3 del 1951.

Ora passo ad un altro tema, che è già stato intavolato 3 o 4 volte anche da me in occasione del dibattito sul bilancio. Lei ovviamente sa pure che nel 1956 è stata emanata la legge regionale n. 19, la quale prevede che le amministrazioni provinciali sovrintendano all'ordinaria manutenzione delle strade comunali, senza peraltro che quest'ultime vengano provincializzate. Poiché tale impegno comporta per dette amministrazioni spese assai rilevanti, l'amministrazione regionale aveva logicamente stabilito di erogare all'uopo un contributo, fissato a suo tempo in ragione di 70.000 lire per km. Questo, ripeto, nel 1956; da allora, però, le spese di manutenzione sono andate via via aumentando in misura alquanto rilevante, senza peraltro che la Giunta regionale abbia considerato necessario adeguare un poco quel contributo spese alle esigenze attuali. A tal riguardo ritengo

quindi giusto far presente che lo Stato eroga per le strade provinciali e la loro ordinaria manutenzione un contributo spese non di 70.000 lire per km., bensì di 300.000 lire. Se l'amministrazione provinciale ha l'impegno di sovrintendere alla manutenzione delle strade comunali, ciò significa che deve anche sobbarcarsi la maggior parte delle spese. Il Comune versa infatti solo un modesto contributo che, a norma della legge 19, oscilla dalle 20.000 alle 100.000 lire. Considerata la non propriamente rosea situazione finanziaria dei Comuni, il contributo ammonta ad una media che va dalle 40 alle 50.000 lire. La Provincia riceve dunque 70.000 lire per chilometro dalla Regione e da 40.000 a 50.000 lire dai Comuni interessati, vale a dire complessivamente da 110.000 a 120.000 lire per km.; al resto deve purtroppo provvedere da sola. A tutto ciò vanno però aggiunte le spese per i cantonieri le quali, inclusive di assegni familiari, assicurazioni sociali etc., ammontano annualmente da 1,5 a 2 milioni di lire per ogni singolo cantoniere; non dimentichiamo inoltre che ad ognuno di detti lavoratori è affidato un tratto di strada che misura dai 5 ai 6 km. per cui, rispetto al complessivo chilometraggio, queste sole spese comportano già di per sé una cifra piuttosto notevole. Se aggiungiamo poi i costi del materiale, cioè catrame; pietrisco, paracarri etc. ed inoltre le spese per il servizio degli spazzaneve, per il cospargimento di sabbia e pietrisco, non è certo difficile farsi un'idea di quanto costi la manutenzione di una di queste strade. Sarebbe quindi quanto mai opportuno rivedere ed aggiornare una buona volta questo contributo regionale, corrisposto appunto in ragione di sole 70.000 lire per km.

Vi è un altro punto sul quale va discusso, e cioè la legge regionale n. 13 del 10 novembre 1965. Con questa legge la Giunta regionale ha appoggiato alcune ottime iniziative per la co-

struzione di strade utili ai Comuni. Vorrei sottolineare che si trattò effettivamente di un buon provvedimento legislativo, in quanto la Regione concesse ai Comuni, suppletivamente al contributo statale, un ulteriore contributo dell'1%, mettendo così i Comuni meno abbienti in condizione di realizzare le opere succennate. Senza volerle elencare tutte, posso dire che si tratta di lavori parecchio importanti. Cito ad esempio la strada del Renon del costo di 260 milioni di lire, la strada Nova Ponente-Monte S. Pietro del costo di 360 milioni, inoltre la strada che conduce a Collepietra, etc.; insomma tutte opere edili di questo genere. L'assessore regionale ha preso ora anche la lodevole iniziativa di stanziare un contributo per un supplementare finanziamento della strada di Monzoccolo; vi è però qualcosa che non quadra, e cioè che sono stanziati in bilancio solo 9 milioni! Se si intende veramente finanziare quel lotto di lavori, per i quali lo Stato ha già erogato un contributo il cui ammontare è perfettamente noto al signor assessore, ebbene in tal caso la Regione, per consentire una sollecita realizzazione di questo lotto di opere edili, avrebbe dovuto stanziare non 9 ma bensì 16 milioni di lire, altrimenti le spese per questi lavori, finanziati appunto anche dallo Stato, resterebbero in parte scoperte. Per quanto riguarda il finanziamento, si tratta dei seguenti contributi: Lotto n. 1, 770 milioni di lire per il tracciato stradale Avelengo-Merano; Lotto n. 2, sempre per il tracciato Merano-Avelengo, 200 milioni di lire, ed inoltre 600 milioni di lire per il primo lotto per il tracciato Bolzano-S. Genesio. Si tratta dunque esattamente di 1 miliardo e 570 milioni di lire.

Prego pertanto il competente assessore regionale di voler urgentemente portare a 16 milioni i 9 milioni già stanziati, affinché si possa dare corso almeno a quel lotto di lavori già finanziati dallo Stato. Al signor assessore la si-

tuazione è altrettanto nota quanto a me, dato che proprio lui ha, tramite la Giunta regionale, incaricato i progettatori di elaborare i progetti per i tracciati Merano-Avelengo, Bolzano-S. Genesio e S. Genesio-Avelengo. Da ciò che ho sentito, l'inizio dei lavori sarebbe assai prossimo. Qualora s'intenda dunque realizzare le opere nel corso della primavera o in estate, dovrebbe poter venire garantito per allora anche il necessario stanziamento.

Vorrei inoltre pregare il signor assessore di mettere a disposizione più fondi anche per la costruzione della strada di Monzoccolo.

Ed ora un ultimo punto per il quale mi rivolgo quest'anno all'assessore per i lavori pubblici, dopo che l'anno scorso mi ero, in merito, rivolto già all'assessore Albertini. Si tratta propriamente dell'autostrada. Dato che anche lei signor assessore, al pari dell'assessore Albertini, è membro del Consiglio d'amministrazione della Società autostradale, sarà certo ampiamente edotto sulla questione relativa allo svincolo autostradale nella Bassa Atesina. In occasione del dibattito sul bilancio, e precisamente nel marzo del 1967, rivolsi, al riguardo, una precisa domanda all'assessore Albertini una domanda della cui risposta egli mi è tuttora debitore sebbene siano trascorsi da allora ben 11 mesi. Visto che non disponiamo di un « Assessore all'Autostrada » e che devo di logica presumere che i lavori autostradali cadano più sotto le competenze dell'Assessorato ai Lavori Pubblici che non sotto quelle dell'assessore Albertini, desidero rivolgerle la seguente domanda. Lei sa, signor assessore, come la Società Autostradale abbia spostato l'uscita da Ora, più al sud, e cioè verso Villa di Egna, quindi fra Ora ed Egna, e ciò su espresso desiderio del Comune di Egna e dei Comuni di Val di Fiemme, malgrado l'amministrazione provinciale si fosse dichiarata assolutamente contraria. Que-

st'ultima avrebbe senz'altro accettato quella uscita qualora l'avessero spostata leggermente a nord, e non dove l'aveva invece progettata la Società Autostradale su desiderio, ripeto, dei Comuni della Val di Fiemme. Già lo scorso anno ebbi a dichiarare che tale svincolo avrebbe comportato per la Provincia un rilevante danno finanziario in quanto tutto il traffico autostradale si sarebbe riversato, attraverso l'insufficiente tracciato Villa di Egna-Montagna, nella Val di Fiemme e viceversa; tutto ciò malgrado suddetta strada sia del tutto inadeguata ad un traffico in costante aumento. Come ho già detto lo scorso anno, noi quale amministrazione provinciale, non ci sentiamo affatto disposti a costruire ex novo la strada in parola, ben consapevoli peraltro che il crescente traffico renderà indispensabile, in futuro, tale provvedimento. Noi, comunque, non possiamo assolutamente farlo in quanto è già stata, dall'ANAS, completamente risistemata la strada che da Ora e Montagna dirige a Doladizza, e ciò proprio in considerazione della costruenda autostrada. Sarebbe quindi stato assai più opportuno dirigere il traffico verso la Val di Fiemme e da lì all'autostrada, e poi, attraverso Montagna, giù ad Ora. Verrà dunque realizzato qualcosa che non tornerà utile né alla provincia di Bolzano né ai Comuni della Val di Fiemme. Per questi ultimi non cambierebbe nulla ai fini dell'utilità anche qualora il traffico venisse incanalato verso la strada Montagna-Ora, mentre per l'amministrazione provinciale ciò comporterà in ogni caso un danno. Ma c'è ancora una cosa da aggiungere, signor assessore, una questione cioè che ho già sollevato durante l'ultimo dibattito sul bilancio. L'uscita autostradale ad Ora, così come programmata in origine, avrebbe consentito di raggiungere, da Termeno, la zona del Lago di Caldaro, e precisamente mediante un sottopassaggio che avrebbe eliminato la necessità di

un passaggio a livello. La nuova soluzione, per quanto risulta dai piani a mia conoscenza, prevede il collegamento con il Lago di Caldaro, Caldaro ed in generale con le zone d'Oltradige, nonché con Termeno, prevede, ripeto, proprio un passaggio a livello. E' veramente singolare che nel XX secolo in cui nel campo della viabilità i passaggi a livello vengono, sia dallo Stato che da tutti gli altri Enti pubblici, sostituiti sempre più da viadotti o sottopassaggi, è singolare ripeto, trovare ancora gente convinta che l'accesso all'autostrada non sia così importante da richiedere la rimozione dei passaggi a livello. Questo è infatti quanto affermato, e non verbalmente ma per iscritto, dalla Società Autostradale. A noi, quale amministrazione provinciale, tale affermazione è suonata come un non-senso per cui abbiamo più volte insistito ed espresso alla Società Autostradale il desiderio di voler, malgrado quel suo convincimento, prevedere nel piano anche un viadotto, in modo da soddisfare meglio alle esigenze del traffico moderno. Al momento mi interessa quindi soprattutto di apprendere se la Società Autostradale sia finalmente entrata nell'ordine di idee di costruire un viadotto anziché un passaggio a livello. Credo signor assessore che pure lei, come me, sia pienamente convinto della giustezza delle nostre vedute; sostenere il contrario sarebbe assurdo e ci assoggetterebbe in un domani a critiche e rimproveri più che giustificati. Desideravo, in occasione del dibattito sul bilancio di quest'anno, accennare ancora una volta alla questione, ma se lei non può dar-mi oggi una precisa risposta pazienterò ancora un poco. In ogni caso ritengo sia necessario chiarire una buona volta questo dolente punto, nell'interesse soprattutto di coloro che vivono sulla sponda destra dell'Adige: Lago di Caldaro, Oltradige, Termeno etc.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Salvadori.

SALVADORI (D.C.): Molto brevemente, signor Presidente, per dire che, trascurando di entrare nel merito della questione relativa al problema autostradale sollevata adesso dal collega dott. Dalsass, vorrei dirmi sostanzialmente con lui d'accordo per quanto si riferisce nel suo intervento alle leggi regionali dei lavori pubblici, che prevedono stanziamenti a favore delle opere da realizzarsi da parte dei comuni e degli enti. Vorrei per brevità e per economia di tempo, nello svolgimento dei nostri lavori, non toccare il problema della nuova legge sui lavori pubblici, intanto perché in questo momento non lo discutiamo e poi anche perché non ne conosciamo il testo. Abbiamo avuto qualche indiscrezione, abbiamo saputo che qualcuno tenderebbe a limitare di qua e di là, col nuovo provvedimento, le possibilità offerte dall'attuale legislazione. Vediamo se questo sarà vero quando saremo in presenza di un completo disegno di legge, sul quale ci riserviamo poi naturalmente di esprimere il nostro parere. E quindi soltanto per questa ragione non vorrei addentrarmi nel merito di questa questione. Per quanto riguarda invece le disponibilità finanziarie attualmente messeci a disposizione dalla legge n. 3 e dalla legge n. 17 e per quello che concerne il rapporto fra il volume delle opere che potrà essere finanziato e le disponibilità appunto offerte dalla legge stessa, mi dichiaro d'accordo con quanto dichiarato dal dott. Dalsass, perché mi pare che siamo arrivati ad avere pressoché quote pari di domande giacenti presso i rispettivi assessorati provinciali. Non era mai accaduto in passato, in tutti questi anni, che la provincia di Bolzano avesse giacente un volume di richieste pari a quello della provincia

di Trento. Invece ho sentito parlare qui della somma di 20 miliardi di lire al 31 gennaio: è la somma che, 100 milioni più, 100 milioni meno, abbiamo giacente anche presso l'assessorato provinciale di Trento. Ora i conti sono conti: il dott. Dalsass ha ricordato che con 150 milioni disponibili ad una media del 5% di contributo concesso — non è una media elevata, lo riconosco anche — si potranno finanziare lavori per 3 miliardi di lire. E 3 miliardi di lire di lavori contro 20 miliardi di domande, sempre parlando per provincia, quindi 6 miliardi di lire di lavori contro 40 miliardi di domande complessive, accumulate presso i due assessorati, non sono certamente grande cosa. Ritengo che forse soltanto il settore dei bacini montani abbia una situazione di spareggio così notevole — anzi quella è anche maggiore — ma una situazione di spareggio così notevole fra le effettive disponibilità e possibilità di lavoro, in rapporto alle domande evidenti presso l'assessorato regionale per i bacini montani e rispettivamente agli assessorati provinciali dei lavori pubblici, per le opere dei comuni e degli enti. Ora bisognerà cercare di fare qualche cosa. Io mi rendo conto che il chiedere è facile e il reperire i fondi nel bilancio è cosa più difficile. E da questo punto di vista, ritenendo che la Giunta non abbia tanto facilmente la possibilità di modificare le somme che ha già presentato con questo stato di previsione, vorrei non insistere, come ha fatto il cons. dott. Dalsass, su quell'aspetto della legge 17, che attraverso il meccanismo dell'art. 6 consentiva di mettere a disposizione dei comuni aventi bilancio deficitario un contributo in conto capitale fino alla misura massima del 50%, oltre che il contributo in quota costante, fino al 7½% sulla parte rimanente, per 15 anni, perché quello rappresenta un immobilizzo piuttosto notevole, immobilizzo che ci viene poi quasi a paralizzare nei

finanziamenti previsti dal normale meccanismo della 17 per tutti i comuni. Certamente quando la legge 17 è stata presentata — ed ebbi io l'onore proprio in quest'aula di presentare la legge 17 — si prevede di venire incontro ai comuni con bilancio deficitario e non assistiti da altre provvidenze, per metterli nelle condizioni di poter eseguire lavori pubblici, con la copertura pressoché totale delle necessità attraverso il meccanismo dell'art. 6, come integrazione della disposizione generale della legge. Orbene, abbiamo però visto che se questo articolo rappresentava e rappresenta sicuramente una notevole comodità a favore dei comuni a bilancio deficitario, tuttavia può rappresentare non in assoluto una necessità, nel senso che piuttosto che vedere limitata la possibilità degli interventi come numero in molti comuni che manifestano le medesime necessità, è preferibile ampliare l'intervento dei comuni e non ridurlo, rinunciando al doppio intervento consentito dall'articolo 6 e regolandosi naturalmente con il meccanismo normale della legge che consente di arrivare alla concessione fino al 7,50% in quota costante. Se consideriamo che buona parte dei nostri comuni, in misura maggiore o minore, è anche assistita dall'intervento dei bacini imbriferi montani e in tutti i casi se consideriamo la concessione di un 7,50% in quota costante, noi vediamo che non soltanto si consente al comune di vedere pagato completamente l'interesse passivo per l'onere che va ad assumere, ma anche una parte del capitale. Che se poi si considera che la quota restante a carico del comune deve essere ammortizzata nel corso di 15 anni, badate, signori, che tutto sommato diventa una cosa ragionevole e sopportabile. Piuttosto io pregherei la Giunta di voler esaminare la possibilità di venire incontro sul problema delle garanzie, per quei comuni che non fossero in grado di fornirle. Forse questo

sarà un problema non tanto facile da risolvere, perché già l'altra volta, avendo inserito quel tale fondo in bilancio, poi si trovò difficoltà di applicazione. Penso però che varrebbe la pena di fare un ulteriore sforzo. Se si potesse offrire ai comuni la possibilità di essere garantiti, senza far ricorso a delegazioni che più non hanno, presso gli istituti di credito cui vanno ad attingere il mutuo ed assisterli con la concessione del 7,50%, io ritengo che una gran parte delle opere pubbliche che giacciono allo stato di domanda presso i nostri assessorati potrebbe essere senz'altro evaso. Bene se si possono trovare fondi per rifinanziare anche l'art. 6, che pure ha una sua validità, ma se questo non può essere fatto o se questo dovesse venir fatto a detrimento di un più robusto rifinanziamento della legge 17 in generale, io sarei per cedere sull'art. 6 e per potenziare, per irrobustire la disponibilità generale.

Per quanto riguarda la legge 3 io sono anche d'accordo col collega dott. Dalsass: se si potesse disporre di un piccolo rifinanziamento della legge 3, anche di un finanziamento modesto di qualche 30-40 milioni di lire per provincia, soltanto per poter venire incontro a enti, a istituti di modesta entità, questo consentirebbe un atto di presenza della Regione, credo molto apprezzato e molto utile. In tutti i casi il cardine resterà però la legge 17 e raccomanderei di volerla considerare in quel senso, anche per quanto riguarda il rifinanziamento, cioè aumentando lo stanziamento, la dotazione finanziaria.

Per quanto riguarda le leggi sulla viabilità, che sono state ricordate dal dott. Dalsass, io vorrei anche dichiararmi d'accordo con lui. Lo spargio di interventi fra le 70 mila per km. della Provincia e le 300 mila lire per km. dello Stato, il quale Stato, lo sappiamo bene, non è molto prodigo quando interviene nei con-

fronti degli enti locali, mette in evidenza l'insufficienza dell'intervento. Del resto, se pensiamo a quando è stata fatta la legge è alla svalutazione della moneta che nel frattempo abbiamo avuta, sembrerà a tutti chiaro come qualche cosa si sarebbe potuto fare. Anche perché una volta che le Province si sono assunte in carico le spese di manutenzione sulla legge 19 di molte strade comunali, alle strade comunali le Province poi devono provvedere. Quando una strada comunale è comunale, che sia buona o meno buona, i censiti non ne fanno una tragedia, perché sanno che i comuni hanno condizioni di bilancio generalmente disperate. Ma una volta che per ragioni ovvie le Province fossero entrate nell'ordine di idee di dover assumere un certo numero di strade, o provincializzandole o assumendo l'incarico di manutenzione sulla legge 19, allora state sicuri, signori, che da parte dei comuni, dei censiti, di tutti quanti, immediatamente si pretende. Perché tutti pensano che le Province come hanno fatto bene, benissimo qui, debbano fare subito bene, benissimo anche lì, e pensare anche che le Province, avendo bilanci notevoli e avendo per di più gli aiuti della Regione, abbiano il pozzo senza fondo di S. Patrizio e che pertanto, disponendo anche dei relativi mezzi finanziari, sono in grado di provvedere immediatamente. E noi ci troviamo a subire pressioni continue da parte delle comunità, degli enti, dei singoli cittadini, per cui non si sa più come fare, a un certo momento, a venire fuori in maniera quanto meno decorosa. A questo punto ci si potrebbe anche obiettare che talune strade le Province avrebbero potuto non provincializzarle o non assumersi l'incarico ai sensi della legge n. 19, e che se le Province hanno voluto fare il passo più lungo delle loro gambe, provvedano a pagare le spese relative. Ma se si volesse sostenere una questione di questo genere, bisogne-

rebbe completare il discorso, ricordando che a un certo momento era intervenuto un determinato accordo tra le Province e lo Stato, per cui lo Stato, avendo riconosciuto come statizzabili, perché aventi i requisiti, talune strade provinciali, si era impegnato a scaricare le Province da un certo numero di km. di strade e pertanto le Province, restando così libere da quegli impegni, avrebbero potuto provvedere ad assumersi a loro volta le strade comunali, che i comuni non sarebbero più stati in grado altrimenti di mantenersi. Orbene, che cos'è successo? Che le Province hanno velocemente bruciato le tappe, perché della viabilità c'era bisogno, e lo Stato è rimasto a guardare. E' rimasto a guardare, perché, con l'attuale legislazione dell'ANAS, se lo Stato dovesse assumersi talune strade — ricordo la valle di Cembra, tanto per ricordarne per esempio una — oltretutto non avrebbe nemmeno il personale per provvedere poi alla ordinaria manutenzione, perché la legge dell'ANAS consente allo Stato di assumersi la strada, ma non il personale che c'è su quella strada. L'ANAS poi è bloccata con i propri quadri che non può aumentare e quindi obiettivamente si trova essa stessa anche in difficoltà. Però le difficoltà dell'ANAS non vengono a diminuire o ad eliminare le difficoltà delle Province, che nel frattempo si sono assunte le strade dei comuni, in attesa di quella contropartita, e con la garanzia che lo Stato avrebbe dato quella contropartita. Orbene, la Provincia di Trento in questo momento ha in carico circa 1400-1500 km. di strade fra le proprie e quelle in manutenzione. Una strada lunga come da Trento fino a Palermo o forse fino a Stoccolma. Immaginatevi con i bilanci nostri ordinari cosa possiamo fare. Quindi sarebbe opportuno che, tenendo conto di questa situazione generale, la Regione volesse intervenire. Intanto bisognerebbe accertare che cosa in definitiva verrà fuori dei program-

mi economici che abbiamo presentato per questo triennio, perché lì dentro abbiamo dato anche tutte le indicazioni delle strade che lo Stato dovrebbe mettere a posto — intendo parlare delle strade dell'ANAS, oltre che delle nostre — e se lo Stato realmente intenderà far sul serio nel campo della viabilità, forse con pochi aggiornamenti della nostra legislazione noi verremo avanti, altrimenti non c'è nessun dubbio che si deve porre mano a un qualche aggiornamento della nostra legislazione, perché non possiamo obiettivamente lasciare talune strade così come si trovano. Vorrei ancora ricordare, per esempio, la strada della valle di Cembra. Immaginatevi una valle depressa e disperata come quella, con una viabilità come quella! Lì occorrerebbero miliardi, onere che i nostri bilanci non possono sopportare. Occorrerà allora che la Regione, essendo titolare del tema della viabilità, venga incontro alle Province con una specie di « legge Tupini » regionale o in qualche altro modo — potremo anche in collaborazione studiare questa possibilità — affinché le Province possano, sia pure con la assunzione di mutui e così via, metter mano. Non possiamo più lasciare, nel 1968, lo stato di talune strade in quelle condizioni, perché non sarà assolutamente possibile migliorare le condizioni di quella gente, se non si mette seriamente mano alla loro viabilità. Io vorrei appunto concludere, raccomandando al signor assessore di voler intervenire presso l'ANAS, essendo egli membro del consiglio di amministrazione dell'ANAS, per accertare che cosa realmente si ritiene che in questo triennio potrà essere fatto e altrimenti dircelo, perché si possa vedere, in collaborazione fra Regione e Provincia, che cosa si possa, a nostra volta, fare. Ma bisogna certamente che in questo campo ci aggiorniamo.

Quindi, tutto sommato, anche nel corso di que-

sta legislatura, il nostro discorso sul bilancio dei lavori pubblici si è limitato ad esaminare le leggi n. 3 e 17 e nella fattispecie le leggi che consentono interventi a favore delle opere pubbliche dei comuni, salvo quegli aiuti alla « Tupini » per le opere, che sono state stamane ricordate dall'assessore Dalsass, in alcuni comuni di montagna, per quelle strade che altrimenti i comuni da soli, anche con quel contributo dello Stato, non avrebbero potuto realizzare. E forse a questo proposito varrebbe la pena di esaminare la possibilità di un provvedimento sul piano generale, che consenta ai comuni e anche alle Province di poter beneficiare di un aiuto di questo genere, perché allora forse potremmo avere una maggiore capacità di intervento. Devo dire che quello che è stato fatto, è stato fatto con estrema serietà; non c'è nessuno che metta in dubbio, per esempio, che la viabilità delle Province è migliore della viabilità dello Stato, nel nostro territorio. Quindi certamente si è fatto con molta serietà, e certamente si è fatto con molto sacrificio, ricorrendo a notevoli mutui per la realizzazione di queste opere. Debbo dire che provvidenziale è stata a proposito la legge 181, che ha consentito alle Province di avere notevoli aiuti finanziari da parte dello Stato, senza dei quali le Province non avrebbero potuto realizzare quella splendida viabilità di cui esse dispongono. Vedere, per esempio, che cosa anche in questo campo lo Stato intenda fare. Da parte di quasi tutte le Province d'Italia abbiamo visto la assunzione di delibere, la presentazione di ordini del giorno, perché questa legge venga rifinanziata. Forse il signor assessore ha qualche notizia in proposito, forse ci sa dire qualche cosa e forse non c'è ancora niente di maturo al Ministero dei lavori pubblici per una nuova legislazione o quanto meno per un rifinanziamento di quella legislazione in questo campo.

Io la ringrazio, signor assessore, per le risposte che potrà eventualmente darmi e che vorrà darmi: e sapendo che molti degli elementi necessari per poter rispondere alle domande che sono state qui poste non sono a sua disposizione in questo momento, anche per le risposte che vorrà dare in futuro, dopo che tali elementi ella avrà potuto acquisire nelle sedi romane competenti.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Spöegler.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir ganz kurz zum Kap. 1390 Stellung zu nehmen. Dasselbe sieht Honorare an freiberufliche Techniker vor, die seitens öffentlicher Körperschaften mit der Ausarbeitung von Projekten beauftragt werden. Diese Ausgaben erscheinen mir insofern als außerordentlich nützlich, weil dadurch besonders den defizitären Gemeinden eine Last abgenommen wird, die sie sonst zu tragen nicht in der Lage wären. Im Zusammenhang damit möchte ich den Herrn Assessor fragen, ob es auf Grund dieses Kapitels nicht möglich wäre, auch die Projektierungsspesen von Straßen zu tragen, die auf Grund des Grünen Planes oder des Berggesetzes finanziert werden. Mit anderen Worten gesagt möchte ich gerne wissen, ob durch dieses Bilanzkapitel nicht auch Güterwege von größerer Bedeutung finanziert werden könnten. Wir wissen, Herr Assessor, daß diese Güterwege häufig mehr sind als das, was darunter im üblichen Sinne verstanden wird, da sie in vielen Fällen Verbindungswege nicht nur zwischen einer Gruppe von Höfen, sondern auch zwischen dem Gemeindehauptort und den Fraktionen darstellen, weshalb sie nicht nur von wenigen Bauern, sondern prak-

tisch von allen benützt werden, dh. nicht nur von den Mitgliedern einer Interessenschaft oder eines Konsortiums. Da die Gemeinden, Konsortien oder Interessenschaften in vielen Fällen nicht in der Lage sind, für die Projektierungsspesen aufzukommen, ist dabei zum Beispiel der Bauernbund behilflich. In einigen anderen Fällen sind auch die Landesassessorate für Landwirtschaft in der Lage, Projekte gratis durch eigene Techniker zu erstellen. Es ist nun einmal so, daß diese Körperschaften wie z.B. Bauernbund oder das Landesassessorat für Landwirtschaft nur sehr wenig Techniker zur Verfügung haben und deshalb nicht mehr solcher Projekte erstellen können. Demgegenüber beschwerten sich aber die Freiberufler teils zu Recht, wenn diese Projekte in größerem Ausmaße von öffentlichen Stellen ausgearbeitet werden. Wenn nun auf Grund dieses Kapitels auch die Möglichkeit bestünde — was ja nach dem Wortlaut des Kapitels angenommen werden darf — dann könnten freiberufliche Techniker mit der Ausarbeitung von Projekten zur Erstellung von Güterwegen im Allgemeininteresse beauftragt werden und der Sache wäre ein Dienst erwiesen.

Vor einigen Wochen hat der Regionalausschuß beschlossen, einen Betrag von 4 Millionen Lire bereitzustellen, damit das Aktionskomitee für die Regelung der Verkehrswege zwischen Bozen und Reschen die Neutrassierung der Schnellverbindung zwischen Bozen und Meran prüfen lassen kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Regionalausschuß danken, daß er diesen Betrag zur Verfügung gestellt hat und ihn gleichzeitig ersuchen, einen zusätzlichen Beitrag einzuplanen, wenn dies zur Fertigstellung der Untersuchungsarbeiten notwendig werden sollte. Das genannte Komitee wird in den nächsten Tagen einen oder zwei Techniker mit dem Trassenstudium beauftra-

gen. Es handelt sich in erster Linie darum, festzustellen, wo am besten die Anschlußstelle der Schnellstraße Bozen-Meran an die Brennerautobahn zu liegen hätte. Es wäre dann zweitens zu unternehmen, inwieweit der Etschdamm zwischen Bozen und Meran benutzt werden kann, um, so weit wie irgend möglich, den sehr wertvollen Kulturgrund in dieser Gegend zu schonen. Drittens müßten die notwendigen Ein- und Ausfahrten zwischen Bozen und Meran festgelegt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders den Präsidenten des Regionalausschusses und den zuständigen Assessor daran erinnern, daß vor ganz kurzer Zeit im Parlament ein Gesetzentwurf eingereicht worden ist, der einen Betrag von 350 Milliarden Lire zur Refinanzierung des Gesetzes Nr. 729 vom 24.7.1961, Art. 13, vorsieht. Es ist diesbezüglich sehr interessant festzustellen, daß sich verschiedene Vertreter der Provinz Bozen und vor allem verschiedene Parlamentarier der Provinz Bozen im Auftrag des Aktionskomitees häufig darum bemüht haben in Rom zu eruieren, ob diese Refinanzierung in Kürze erfolgen wird. Wie wir hier schon einige Male festgestellt haben, ist auf diese Frage von den zuständigen Römer Stellen immer eine negative oder im besten Fall eine ausweichende Antwort gegeben worden. Trotzdem wurde aber in den letzten Tagen ein entsprechender Gesetzentwurf im Parlament eingereicht. Wahrscheinlich wird dieser Gesetzentwurf aber in dieser Legislaturperiode nicht mehr zur Behandlung kommen, weil — wie wir alle wissen —, diese Legislaturperiode zu Ende geht. Der Gesetzentwurf zur Refinanzierung des Art. 13 von Gesetz 729 sieht jedenfalls die genannte Summe von nicht weniger als 350 Milliarden Lire vor. Art. 1 dieses Gesetzes sieht 36 Milliarden Lire für die Fertigstellung

bereits begonnener Bauten, Straßen etc. vor. In der Hauptsache handelt es sich um Autobahn-Anschlußstraßen. Der Restbetrag von 314 Milliarden Lire ist für den Bau von großen Verkehrswegen vorgesehen. Wie man sieht, wären also 314 Milliarden Lire zur Verfügung für den Bau großer Verkehrswege.

Leider steht auch dieser Gesetzentwurf so wie viele andere nationale Gesetzentwürfe vor, daß wenigstens 40% der Geldmittel für den Süden und für die Inseln zu reservieren sind. Es darf vielleicht einmal auch an dieser Stelle festgestellt werden, wie merkwürdig es ist, daß zuerst im Süden große Verkehrswege finanziert und schöne Straßen gebaut werden, die aber eine sehr geringe Verkehrsdichte aufzuweisen haben und wirtschaftlich gesehen von nicht allzu großer Bedeutung sind, während für internationale Verkehrswege und Einfallstraßen sehr wenig ausgegeben wird und dieselben demnach nicht ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt werden, trotzdem über dieselben der große internationale Waren- und Fremdenverkehr abgewickelt wird, der ja Italien Milliarden einbringt. Diese wirklich unrationelle Aufwendung öffentlicher Mittel für den Straßenbau erscheint mir nicht nur merkwürdig, sondern zugleich auch tragisch. Vielleicht kann diese Art des Vorgehens mit der eines Menschen verglichen werden, der viel für Fußpflege ausgibt, aber nichts oder wenig für seine allgemeine Gesundheit tut.

Nachdem nun dieser Gesetzentwurf im Parlament vorliegt und auch nicht ausgeschlossen werden kann, daß er doch noch in dieser Legislaturperiode zur Behandlung kommt, möchte ich den Regionalausschuß ersuchen, bei den zuständigen Stellen in Rom entsprechend vorstellig zu werden. Auch wenn wahrscheinlich wegen der Refinanzierung des Gesetzes dieses Mal nicht viel zu erhoffen sein wird, sollte

jetzt dennoch alles unternommen werden, damit uns niemand einmal den Vorwurf machen kann, nicht rechtzeitig an der richtigen Stelle interveniert zu haben.

(Signor Presidente Signore e Signori. Mi permetto di prendere brevemente posizione in merito al capitolo 1390, concernente gli onorari dei liberi professionisti del settore tecnico, incaricati di elaborare dei progetti per conto di enti pubblici. Queste spese sono a mio avviso di una straordinaria utilità, in quanto tolgono ai Comuni deficitari un onere a cui non riuscirebbero far fronte. A tal proposito vorrei chiedere al signor assessore se non sia possibile imputare al capitolo in parola pure le spese di progettazione di quelle strade finanziate in base al piano verde ed in base alla legge sull'economia montana. In altre parole vorrei sapere, se con tale capitolo del bilancio non sarebbe possibile finanziare pure le strade interpoderali di una certa importanza. Sappiamo inoltre, signor assessore, che queste strade interpoderali sono assai più importanti di quanto s'intenda comunemente sotto tale termine, in quanto servono in numerosi casi, non solo quali arterie di comunicazione fra un gruppo di masi, bensì anche fra le frazioni ed il capoluogo del Comune, per cui non vengono utilizzate soltanto da pochi contadini, ma praticamente da tutti; in altre parole non vengono utilizzate dai soli membri dei consorzi od altre cooperative. Poiché in molti casi i Comuni, consorzi o cooperative non sono in grado di sostenere le spese di progettazione, le stesse vengono in parte sostenute ad esempio dalla Unione Agricoltori. In alcuni altri casi invece tali progetti vengono elaborati gratuitamente a cura di alcuni tecnici degli assessorati provinciali all'agricoltura. Purtroppo detti Enti, quali ad esempio l'Unione Agricoltori o l'assessorato provinciale alla agricoltura,

dispongono di un limitato numero di personale tecnico e non possono perciò elaborare più di un certo numero di progetti. D'altronde i liberi professionisti si ribellerebbero, in parte con ragione, qualora gli Enti pubblici prestassero la loro assistenza tecnica in più ampia misura. Se dunque in base a questo capitolo sussistesse suddetta possibilità, cosa che il testo del capitolo lascerebbe presumere, si potrebbero, nell'interesse generale, incaricare dei liberi professionisti ad elaborare progetti per la realizzazione di strade interpoderali, la qual cosa peraltro gioverebbe senz'altro alla questione.

Alcune settimane or sono la Giunta regionale ha deciso di erogare un importo di 4 milioni di lire a favore del comitato di azione preposto alla regolazione delle arterie stradali tra Bolzano e Resia, affinché detto comitato possa far esaminare il nuovo tracciato della superstrada che dovrebbe collegare Bolzano e Merano. Vorrei ringraziare a tal proposito la Giunta regionale per questa sua iniziativa, pregandola di provvedere, qualora fosse necessario, ad uno stanziamento supplementare. Nei prossimi giorni il Comitato in parola incaricherà uno o due tecnici di esaminare il tracciato di cui sopra. In primo luogo si tratterebbe di scegliere il punto più adatto per allacciare la superstrada Bolzano-Merano alla autostrada del Brennero, ed in secondo luogo verificare fino a qual punto si potrebbe eventualmente utilizzare l'argine dell'Adige fra Bolzano e Merano, onde risparmiare, il più possibile, le pregevoli colture di questa zona; ed infine stabilire in quali località fra Bolzano e Merano dovrebbero venir posti gli svincoli.

A tal proposito vorrei fare presente, soprattutto al signor Presidente della Giunta nonché al competente assessore, che in Parlamento poco tempo fa è stato presentato un disegno di legge concernente il rifinanziamento della leg-

ge 24.7.1961 n. 729 art. 13, che prevede un importo di 350 miliardi di lire. E' molto interessante constatare che diversi rappresentanti e parlamentari della Provincia di Bolzano sono intervenuti più volte in sede romana, su incarico del Comitato d'azione, per appurare se detto rifinanziamento sia imminente. La risposta da parte degli organi competenti di Roma è sempre stata, come abbiamo potuto apprendere, negativa o nel migliore dei casi evasiva, ma ciò nonostante in questi ultimi giorni, ripeto, è stato presentato in Parlamento un relativo disegno di legge. Esso probabilmente non verrà trattato nella presente legislatura, che — come tutti sappiamo — sta per concludersi. Comunque il disegno di legge concernente il rifinanziamento dell'art. 13 della legge 729, prevede, ripeto, un importo non inferiore ai 350 miliardi. In base all'art. 1 della legge in parola, 36 miliardi sarebbero riservati all'approntamento delle opere, quali strade ecc. già in fase di costruzione. Per la maggior parte trattasi di strade di allacciamento alla rete autostradale. Il rimanente importo di 314 miliardi sarebbe previsto per la costruzione di grandi arterie stradali.

Purtroppo come è avvenuto in altri casi del genere, almeno il 40% dei fondi previsti da questo disegno di legge verrebbero stanziati a favore del meridione e delle isole. Mi si consenta in merito anche la constatazione di quanto mi appaia singolare il fatto che nel meridione, dove l'intensità del traffico è piuttosto modesta, si finanzino grandi arterie di comunicazione, tanto più che ciò non interessa molto la economia del Paese; per contro si spende troppo poco per le arterie internazionali e le relative strade di accesso, non tenendo conto perciò quale importanza esse costituiscano per il traffico turistico ed i trasporti internazionali, i quali, come si sa, fruttano all'Italia miliardi di lire. Questo irrazionale impiego dei mezzi pubblici

nel settore della viabilità non mi sembra soltanto singolare ma anche tragico. Tale atteggiamento si potrebbe forse paragonare a quello di una persona che spende molti quattrini per curarsi i calli trascurando il suo generale stato di salute.

Vorrei dunque pregare la Giunta regionale di interessarsi in merito presso gli organi competenti di Roma, poiché non è escluso che il disegno di legge in parola, presentato, come detto, in Parlamento, possa venir discusso ancora nella presente legislatura. Non facciamoci comunque illusioni, in quanto ben poco potremo aspettarci da questo provvedimento legislativo, ma ciò nonostante dovremmo intraprendere ogni passo possibile, onde evitare che in futuro non ci si possa muovere il rimprovero di non essere intervenuti in tempo utile presso gli organi competenti.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici e credito - D.C.): Signori colleghi, rispondo brevemente innanzi tutto per il settore del credito al collega Kapfinger, il quale denunciava come non fosse stata concessa l'autorizzazione ad aprire uno sportello alla cassa rurale di Maia Avelengo. Come è noto la Giunta regionale due anni fa, ancora nel febbraio, aveva negato questa apertura, questa autorizzazione ad esercitare il credito, per ragioni di carattere generale, oltre che particolare: cioè è sembrato che la situazione congiunturale non consentisse un ulteriore appesantimento alle spese, che sono già notevoli, del costo del denaro. Non è evidentemente una parzialità che abbiamo fatto, proprio perché nell'anno scorso in definitiva sono state aperte soltanto tre sportelli in tutta la regione, due di casse rurali e uno di

istituto di credito. Perché la politica degli sportelli deve vedersi evidentemente in chiave generale, e i costi del denaro sono veramente proibitivi. Aprire uno sportello anche in una zona diversa, non significa soltanto concorrenza con gli istituti di credito, ma significa appesantire la situazione, come ho detto, di tutta la regione. D'altronde, il governatore della Banca d'Italia, ancora due anni fa, aveva emanato una disposizione — peraltro non vincolante per la regione, per quanto riguarda le nostre competenze, ma è sempre un parere eminentemente tecnico — perché limitatissimo nel maggior modo possibile le autorizzazioni dell'apertura di sportelli, proprio perché si voleva evitare che ci fosse un eccessivo numero di istituti di credito operanti nella nostra regione; ricordo solo, a titolo di esempio, che la nostra regione è la prima in campo nazionale per il numero di sportelli. Ora mi pare che questo sia abbastanza indicativo per dire che seguiamo una politica sì di restrizione, ma non così a scopo particolare, ma piuttosto per una visione generale di tutta la situazione. Ora la cassa rurale ha presentato negli ultimi giorni, nel mese di febbraio, una nuova richiesta. Potrei dire anche questo: che la situazione non è più quella di allora, e quindi si potrebbe anche rivedere, in armonia con la Banca d'Italia, si potrebbe rivedere la situazione, cercando una posizione che non sia di assoluta concorrenza ad altri istituti di credito. Considerando che la zona di Merano è in espansione, ripeto, io non ho alcuna difficoltà, dopo una certa presa di contatto per evitare delle difficoltà, a riesaminare la pratica. Questo lo dico con tutta tranquillità, perché mi pareva che l'avesse chiesto esplicitamente.

Per il settore dei lavori pubblici, mi pare di poter fare alcune considerazioni. L'assessore Dalsass dice che in definitiva, in questa legi-

slatura non si è visto nulla di nuovo per quanto riguarda questo settore. Mi pare di poter rispondere, prima di entrare nel merito delle leggi, che se nulla di nuovo significa non distribuire i contributi in modo eccessivo, perché purtroppo le esigenze del settore sono quelle che sono e dobbiamo fare i conti con il bilancio già appesantito, sono d'accordo. Però non sono d'accordo se invece significa che l'assessorato non abbia adempiuto alle funzioni che gli sono proprie, di attività ordinaria: i comitati tecnici, assestamento del patrimonio regionale, conclusione di lavori che inevitabilmente continuano a premere sull'assessorato, siano le terme di Vetriolo, sia la Piccola Opera, cioè tutte le proprietà della regione che in qualche modo bisogna pur mantenere e che creano evidentemente un appesantimento anche di lavori. Ora mi pare che il grosso impegno che noi abbiamo avuto, sia stato quello relativo alle alluvioni, e abbiamo cercato di attuare un certo programma con la maggior sollecitudine possibile. Pensiamo che soltanto nell'aprile-maggio si è potuto amministrare la legge n. 1142 sul settore delle alluvioni e fino a questo momento possiamo dire di aver impegnato, a favore dei comuni e delle Giunte provinciali, una somma di oltre 5 miliardi; 5 miliardi spesi di ripristini, in alcuni mesi, è una notevole cifra e indica anche quello che è stato l'impegno. Devo però far rilevare ancora una volta, anche da questa sede, che i fondi a disposizione, per quanto riguarda i ripristini del '66, non sono sufficienti. Io mi sono permesso più volte di richiamare l'attenzione del Ministro su questo fatto; ci son state date autorevoli assicurazioni, perché ci era stato detto che i lavori sarebbero stati ripristinati completamente. Abbiamo una carenza di oltre 7 miliardi su questo settore. Personalmente mi sono interessato più volte, sollecitando anche la deputazione della Regione,

perché intervenisse presso il Ministro o presso il Presidente del Consiglio dei Ministri, perché mantenessero certe assicurazioni che avevano date e sulle quali i comuni han fatto un certo affidamento. Fino a questo momento — ho letto ieri dal giornale che è stata riapprovata una legge di ripristini, riservata peraltro soltanto alle alluvioni che si sono verificate negli Abruzzi e nel Molise — fino a questo momento non ci è stato dato affidamento. Io desidero proprio riconfermare in questa sede che c'è assolutamente bisogno che questi 7 miliardi vengano assegnati, se vogliamo mantenere fede alle promesse che abbiamo fatto in seguito a precise assicurazioni, date non in privato, ma in incontri con tutti gli amministratori pubblici. Ora questo è l'impegno più pesante che noi dovremo svolgere ancora durante quest'anno e probabilmente per gli anni futuri. Mi pare quindi che, oltre a svolgere l'attività ordinaria, l'assessorato si sia mosso verso alcune direzioni abbastanza interessanti, anche se, ripeto, non si tratta di una erogazione di contributi. Infatti è dal luglio che è stata costituita una *equipe* di geologi per quanto riguarda ad esempio l'inventario delle risorse idriche regionali; gruppi di geologi che stanno lavorando attivamente, perché, come ho avuto occasione di dire in commissione, dopo le alluvioni, tra le altre cose ci si è accorti di una certa carenza di acqua potabile. Quindi la necessità di fare una vera e propria pianta delle sorgenti di acqua potabile, in vista anche di una certa programmazione, per consentire ai comuni, agli enti locali di risparmiare, ad esempio, nella costruzione di nuovi acquedotti, senza dover ricercare le acque molto lontano. E posso dire anche di aver avuto l'adesione in campo nazionale, perché la nostra regione è fra le prime che svolge un lavoro di questo genere e con questa cura.

Avevo detto nel bilancio dell'anno scorso

che ci saremmo impegnati a fare una rilevazione del fabbisogno generale delle opere pubbliche. Posso dire che quest'anno è stata portata a termine la rilevazione generale, che ha portato a cifre notevolissime, perché si parla di 130 miliardi per poter risanare la situazione delle opere pubbliche; evidentemente 130 miliardi che non potranno né reperirsi oggi, né immediatamente nei prossimi anni, ma almeno abbiamo un dato di fatto che ci dice che cosa dovremmo avere per poter completare un piano di risanamento di tutta la nostra regione su questo settore. In questi mesi inoltre è stato completato il piano delle fognature, che era stato richiesto durante lo scorso anno; piano delle fognature che si quantifica su certe cifre e quindi troviamo che per una soluzione buona nella nostra regione, ci sarebbe l'esigenza di spendere circa 3 miliardi e mezzo in provincia di Trento e un miliardo e 700 circa in provincia di Bolzano. Anche questo è un lavoro di programmazione, che comunque rappresenta un dato di fatto se si vuole affrontare concretamente il problema.

Quello che l'assessorato intende effettuare in questo scorcio di legislatura per completare un certo programma, è stato accennato dal Presidente nella sua relazione. Sono d'accordo con i colleghi Dalsass e Salvadori sull'insufficienza di mezzi a disposizione, in particolare sulla legge 17 che consentirebbe interventi a favore dei comuni che si trovano sicuramente in difficoltà. Io non ho difficoltà a dichiarare che sono giustamente d'accordo con lui che quando ci sono circa 40 miliardi di domande, pur ammettendo che di queste domande sarà necessario fare una certa cernita, una certa priorità, i soldi a disposizione sono insufficienti, però non possiamo affrontare, per esempio, il problema delle infrastrutture di questa legge straordinaria che abbiamo in animo di fare di un

miliardo 500 milioni per il comune di Bolzano e 500 milioni per il comune di Trento, per consentire e a Bolzano di eliminare dei passaggi a livello e quindi accelerare notevolmente quella che è la viabilità per quanto riguarda la ferrovia Bolzano-Merano e al comune di Trento consentire alcuni raccordi con l'autostrada, cioè affrontare questo problema e poi con lo stesso impegno affrontare il rifinanziamento adeguato della legge 17. Abbiamo rifinanziato la legge, che parla di 100 milioni, però l'onere della Regione è di un miliardo e mezzo; questa che abbiamo in programma di fare è di 200 milioni — fermo restando una presa di posizione definitiva della Giunta che ancora si può dire non c'è e quindi la cifra, senza farci eccessive illusioni, potrebbe essere rivista — ma son 200 milioni che provocano un appesantimento di 3 miliardi, quando siamo alla fine. Ora posso assicurarvi questo, che la legge è in elaborazione e ci saranno delle modifiche, modifiche peraltro che dovranno tener presenti le esigenze non soltanto dei comuni, ma anche degli altri enti. Per quanto riguarda la legge 19, nel '67 abbiamo speso 60 milioni. E' insufficiente la cifra di 70 mila lire al km. per la manutenzione delle strade ordinarie, però è tutto quello che fino a questo momento potevamo fare. Io capisco che ci sia l'esigenza, perché la viabilità comunale e provinciale sia decente, che una certa spesa si possa fare. Però le condizioni del nostro bilancio non ci consentono di fare molto di più. Sarà un problema da controllare, anche in sede dell'ANAS; ad esempio che ci mandino tutti i loro programmi per quanto riguarda quest'anno, per poter sapere almeno dove l'ANAS può intervenire, e poi vedere che possibilità possiamo trovare per dare una certa sicurezza ai comuni, che anche la loro viabilità possa essere curata, proprio perché se non curano la viabilità tutti gli altri settori,

turistico, ad esempio, e commerciale, restano fermi. Perché se non ci sono gli alberghi, non c'è il turismo, non c'è commercio, cioè la strada è la base di tutto, la ricchezza corre sulle strade, come abbiám detto altre volte. Purtroppo, come ho detto prima, le condizioni nelle quali siamo, non ci consentono di far molto. Posso invece dare l'assicurazione all'assessore Dalsass del rifinanziamento della legge 13, per consentire la realizzazione di un'opera che è di interesse generale: mi riferisco alla strada Bolzano-S. Genesio, S. Genesio-Avelengo-Merano. Nel bilancio, poiché non erano ancora arrivati gli stanziamenti da parte del Ministero dei lavori pubblici, si è inserita la cifra di 9 milioni 200 mila lire; nella prima variazione di bilancio verrà portata a 15 milioni 700 mila lire, per consentire di poter procedere nelle pratiche. L'assessore Dalsass ha posto una richiesta relativa all'uscita a Villa di Egna del raccordo autostradale. Il problema è stato affrontato e risolto sotto certi aspetti, non nel modo richiesto dal cons. Dalsass, ma l'autostrada si è orientata per l'uscita a Villa di Egna. Il motivo principale che mi ha trovato favorevole, è stata una ragione di sicurezza, perché a Ora prevedeva l'uscita a raso, e l'uscita a raso pone in difficoltà la circolazione, non solo, ma pone in pericolo anche vite umane. Si è però data l'assicurazione, a un incontro con gli amministratori di Ora, che nella segnaletica l'indicazione per la Val di Fiemme verrà indicata a Ora, perché si vedevano spostata l'uscita. Il problema al quale ho accennato si verificherà, io lo credo, non immediatamente, ma si verificherà e bisognerà correggere la strada provinciale. Una soluzione potrebbe essere — ed anche il consiglio d'amministrazione dell'autostrada si è impegnato di tentare di ottenere questo — che la strada venga statalizzata, in modo che gli oneri passino poi all'ANAS.

Mi è stata fatta una richiesta poi per sapere se risponde a verità che per il collegamento Caldaro-Terme viene fatto un raccordo sopra la ferrovia, senza che ci sia un cavalcavia o cosa del genere, ma che il raccordo Caldaro-Terme venga effettuato attraversando i binari della ferrovia. Risponde a verità, però l'autostrada ha certe competenze e l'autostrada ritiene che non sia sua la competenza di dover allargare la strada e di dover effettuare anche questo sovrappasso. Ritiene parzialmente di risolvere il problema, insistendo presso le ferrovie dello Stato perché venga automatizzato il passaggio a livello . . .

DALSASS (S.V.P.): (*Interrompe*).

PASQUALIN (assessore suppl. lavori pubblici - D.C.): Sì. Posso dirle questo, ecco: mi riservo di approfondire il problema, però sono d'accordo che se noi spendiamo 500 milioni per togliere dei passaggi a livello a Bolzano, poi in una nuova infrastruttura li lasciamo. Comunque per questo aspetto desidero rivedere la situazione all'autostrada e personalmente le darò una risposta.

Il cons. Salvadori ha richiesto che la Regione intervenga a favore degli enti locali che si trovano in difficoltà e che non possono completare delle opere e qualche volta neppure accettare il contributo, perché non sono in grado né di garantire, né tanto meno quindi di integrare il contributo stesso. Ora è un problema molto difficile, molto delicato, che abbiamo sentito altre volte; a me pare però che nell'attuale disegno di legge sull'ordinamento dei comuni, viene consentito agli enti locali di allargare questa garanzia. Non è una soluzione, però dà maggiori possibilità; se nel tempo potessimo trovare uno strumento, un istituto di cre-

dito particolare, specializzato per il settore delle opere pubbliche, vorrà dire che lo terremo senz'altro presente.

Il cons. Spiegler ha parlato degli incarichi ai professionisti, per opere di interesse generale. E' già stato detto che faremo una legge apposita, proprio perché lo strumento che credevamo di avere, un capitolo in bilancio, per risolvere questi problemi, secondo l'organo di controllo non è sufficiente, quindi siamo costretti a dover fare una legge per disciplinare e gli incarichi e le progettazioni, legge che presenteremo quanto prima, perché è già al comitato amministrativo. Ora le posso assicurare che come la Giunta ha contribuito con 4 milioni circa allo studio che si dovrà fare della strada Bolzano-Merano, interverrà ulteriormente, se ci sarà bisogno, per completare questa opera. Oltre a ciò ha dato già l'incarico per esaminare la possibilità di ampliamento della strada della Val Venosta, per portarla a una dimensione di superstrada, proprio perché l'opera il più possibile sia definita, sia completata. Il problema della superstrada della Val Venosta però deve tener conto della scarsità di terreno che c'è in quella zona e quindi la necessità di usare la sede stradale della Val Venosta con certe rettifiche, con certi ampliamenti, per non dover fare una nuova strada e quindi togliere dei terreni che lassù sarebbero preziosi. Per quanto riguarda la possibilità di contributi sulla viabilità forestale, strade poderali, collegamenti ecc., dato che la legge non è ancora conclusa, cercherò senz'altro di inserirla. Per quanto riguarda lo stanziamento di 350 miliardi, che abbiamo appreso anche noi dal giornale, e relativo al rifinanziamento della 729, art. 13, sulle superstrade, diciamo questo: che da parte nostra il collega Spiegler sa che abbiamo insistito almeno da oltre un anno e mezzo perché venissero tenute in evidenza le

da della Valsugana e con la Rovereto-Riva. Su questo problema sono state fatte sollecitazioni e non so quante, perché solo personalmente mi sono interessato almeno cinque volte, con scarissimi risultati. Adesso vediamo che queste strade, in questo disegno di legge che oltre al resto non va alla Camera, ma va direttamente in commissione deliberante, queste strade non ci sono. Prima di prenderne atto, sono anch'io d'accordo per cercare, tramite i nostri parlamentari, di vedere di inserire, già su questa legge, delle opere che per noi hanno importanza fondamentale. Quindi le assicuro che, per quanto è possibile, la Giunta interverrà immediatamente e tempestivamente, proprio perché il problema verrà affrontato in questa legislatura, immagino.

Mi pare di aver risposto a tutte le richieste; so di non poter promettere cose miracolistiche per quanto riguarda un aumento di stanziamenti, ma se la Giunta lo consentirà certamente vedremo di poter accettare i suggerimenti che ci sono stati fatti.

PRESIDENTE: Metto in votazione . . .

DALSASS (S.V.P.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: No, adesso non parliamo più . . .

DALSASS (S.V.P.): Sul regolamento.

PRESIDENTE: Abbiamo sempre fatto così, cons. Dalsass. L'assessore parla come ultimo. Lei può fare sempre eccezione, la faccia anche questa volta, Prego, ha la parola.

DALSASS (S.V.P.): Herr Präsident! Ich möchte Sie fragen, ob die Geschäftsordnung noch in Kraft ist, nach der jeder zweimal reden kann.

PRÄSIDENT PUPP: Als letzter spricht der Assessor.

DALSASS (S.V.P.): Ich kann zu den Ausführungen des Assessors nicht Stellung nehmen, solange ich sie nicht gehört habe. Das ist doch eine selbstverständliche Sache. Nur wenn der Assessor die Generaldebatte abgeschlossen hatte, konnte bisher niemand mehr das Wort ergreifen, während hinsichtlich der Sachdebatte noch nie dieselbe Regelung gegolten hat.

PRÄSIDENT PUPP: Das war immer so!

DALSASS (S.V.P.): Nein, das war bezüglich der Sachdebatte nie der Fall! Ich möchte nur wissen, ob man hier ein zweites Mal reden darf oder nicht.

PRÄSIDENT PUPP: Sprechen Sie!

DALSASS (S.V.P.): Ich will keine Ausnahme und möchte mich an die Geschäftsordnung halten, Herr Präsident! Ich werde Sie nicht lange aufhalten, Herr Präsident, aber der Herr Assessor hat hier eine Erklärung erstens wegen der Stadt Bozen abgegeben. Der Regionalausschuß soll hiernach beabsichtigen, drei Bahnübergänge zu beseitigen, was ich für eine absolute Notwendigkeit betrachte. Wenn dann aber im selben Atemzug der Assessor erklärt, in Neumarkt genüge für die rechte Etschseite,

dh. für Tramin, Kaltern, Kalterer See, Überetsch usw. eine Autobahnverbindung mit Bahnschranken, dann ist das ein krasser Widerspruch. Das Wort Autobahn bedeutet doch vor allem Schnellverkehr. Die Einfahrt in dieselbe dürfte deshalb nicht durch Bahnschranken — und seinen es auch automatische — behindert werden. Es wäre daher ein Unsinn Bahnschranken vorzusehen. Wenn gesagt wird, die Autobahngesellschaft habe nicht die Kompetenz Bahnschranken zu vermeiden und an deren Stelle Bahnüberführungen zu bauen, dann kann dies nur eine Ausrede sein. Damit es festgehalten bleibt, erinnere ich daran, daß die ursprüngliche Ausfahrt in Auer dermaßen geplant war, daß weder für die rechte noch für die linke Etschseite Bahnschranken vorgesehen werden mußten. Es hätte deshalb leicht eine gute Zufahrt gesichert werden können. Auf Wunsch der Fleimstaler ist aber diese Lösung gelassen worden, was trotz Verschlechterung auch noch 100 Millionen an Mehrausgaben kostet. Die andere Lösung kostet also 100 Millionen mehr und ist mit all den Nachteilen verbunden, die ich vorhin aufgezeigt habe. Wenn nun die Autobahngesellschaft diese Bahnüberführung nicht zu bauen gedenkt, dann hat sie nicht den guten Willen, eine gute Lösung zu treffen. Es fehlt ihr deshalb am notwendigen Verständnis für die Belange der Bevölkerung der Provinz Bozen — ich betone der Provinz Bozen — im Unterschied zur Bevölkerung der Provinz Trient.

(DALSASS (S.V.P.): Signor Presidente! Vorrei sapere se il regolamento interno, in base al quale è concesso ad ognuno di prendere due volte la parola, sia ancora in vigore.

PRESIDENTE PUPP: L'assessore parlerà per ultimo.

DALSASS (S.V.P.): Per quanto riguarda le dichiarazioni del signor assessore, non potrò ovviamente prendere posizione in merito fino a quando non le avrò udite. Sta di fatto che a nessuno finora era stato consentito di riprendere la parola una volta chiuso il dibattito generale, mentre per contro tale regola non è stata mai applicata nei confronti della discussione articolata.

PRESIDENTE PUPP: Il regolamento è sempre stato applicato così.

DALSASS (S.V.P.): No; non per quanto concerne la discussione articolata. Vorrei comunque sapere se sia ora consentito o meno, prendere la parola una seconda volta.

PRESIDENTE PUPP: Parli!

DALSASS (S.V.P.): Non vorrei che il concedermi la parola venisse considerata una eccezione, in quanto io intendo semplicemente attenermi al regolamento interno; comunque, signor Presidente, cercherò di essere breve. Dunque, il signor assessore ha dichiarato, riferendosi alla città di Bolzano, che la Giunta regionale dovrebbe far rimuovere tre passaggi a livello, provvedimento questo che io pure ritengo di assoluta necessità. Ma se poi l'assessore se ne esce dichiarando, nello stesso istante che ad Egna sarebbe sufficiente, per la sponda destra dell'Adige, vale a dire per Termeno, Caldaro e Lago di Caldaro, Oltradige etc., che sarebbe sufficiente ripeto, un collegamento autostradale con passaggi a livello, ne risulta una stridente contraddizione, poiché si sa che autostrada è sinonimo anzitutto di transito veloce,

per cui sarebbe assurdo ostacolarlo mediante passaggi a livello sia pure automatici. L'affermare che la Società Autostradale non ha la competenza per poter costruire viadotti anziché passaggi a livello, non può essere quindi che un pretesto. Onde non ci si dimentichi, vorrei riportare alla memoria che lo svincolo autostradale era stato in origine progettato in maniera tale da poter evitare la posa di passaggi a livello sul tracciato sia alla sinistra che alla destra dell'Adige, il che avrebbe facilmente consentito un agevole accesso autostradale. Su desiderio degli abitanti della val di Fiemme tale soluzione è stata però lasciata cadere, la qual cosa comporta oltretutto anche un sovraccarico spese di 100 milioni di lire, vale a dire che l'altra soluzione verrebbe a costare appunto 100 milioni in più pur presentando tutti gli svantaggi anzicennati. Dunque, se la Società Autostradale non intende costruire detto viadotto significa che non è affatto propensa a conseguire una buona soluzione, in altre parole significa che è priva della necessaria comprensione nei confronti di quelle che, rispetto alla provincia di Trento, sono le esigenze della popolazione in provincia di Bolzano.)

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1390.

KAPFINGER (S.V.P.): (Interrompe).

PRÄSIDENT PUPP: Bitte? Wer sprechen will muß sich schriftlich melden.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich habe mich das erste Mal schon schriftlich gemeldet, aber nicht jetzt. Nachdem zuerst grundsätzlich er-

klärt worden ist, man dürfe nicht ein zweites Mal sprechen, konnte ich nicht nochmals um das Wort bitten.

PRÄSIDENT PUPP: Sprechen Sie nur!

KAPFINGER (S.V.): Ich brauche kein Almosen . . .

PRESIDENTE PUPP: Prego? Chi volesse prendere la parola dovrà preavvisare per iscritto.

KAPFINGER (S.V.P.): Questo l'ho già fatto la prima volta, ma ora invece no, poiché era stato a priori specificatamente spiegato che non sarebbe stata concessa la parola una seconda volta.

PRESIDENTE PUPP: Parli pure!

KAPFINGER (S.V.P.): Non ho bisogno di elemosina . . .)

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1390: è approvato a maggioranza con 3 astenuti.

Metto in votazione il cap. 4400: è approvato a maggioranza con 2 astenuti.

Passiamo ora alla rubrica Enti locali.

Signorina Perazzolli, lei parla più di un quarto d'ora?

PERAZZOLLI (D.C.): Sì, signor Presidente.

PRESIDENTE: La parola al cons. Santoni per un quarto d'ora.

SANTONI (D.C.): Parlo meno di un quarto d'ora.

PRESIDENTE: Ecco, va bene.

SANTONI (D.C.): Signor Presidente e signor assessore, io voglio intrattenermi brevemente sulla comunità di zona che ho constatato è uno dei provvedimenti legislativi che la Giunta si propone di far approvare e che entra nel programma legislativo della Giunta. Io qui non intendo ripetere tutto quello che è stato già detto dal collega Margonari a proposito di una politica degli enti locali, discorso che Margonari ha fatto in sede di discussione generale del bilancio e che io condivido. Mi pare che i problemi della finanza locale, anzi la crisi della finanza locale, il continuo aumento del deficit dei comuni e il progressivo indebitamento degli enti locali, pongono come indilazionabile il tema del superamento delle dimensioni dei comuni, perché evidentemente la polverizzazione che esiste al livello di enti locali nella nostra regione, che è stata messa in evidenza anche nella pregevole relazione dell'assessore agli enti locali al Consiglio lo scorso anno, determina e crea dei grossi problemi, cioè aumenta i costi di gestione dei servizi e ne peggiora la qualità e anche provoca un irrazionale impiego dei mezzi disponibili, che potrebbero essere meglio messi a frutto se le dimensioni fossero maggiori. Ora per risolvere il problema della polverizzazione delle strutture amministrative ci sono due strade: c'è una strada radicale, che è quella della riunificazione; però siamo in un sistema democratico ed è evidente-

mente difficile, se non impossibile, attuare questa politica dell'unificazione coattivamente; bisogna fare un'opera molto difficile di persuasione che non sempre dà frutti brillanti e positivi. C'è poi una posizione intermedia, che è quella di favorire la collaborazione tra i comuni non solo per la gestione di singole iniziative, ma per promuovere in una visione unitaria e globale il progresso economico, sociale e civile delle popolazioni locali. Questo è il tema della comunità di zona, della comunità di valle, che dovrebbe coincidere con i comprensori urbanistici, che io qui voglio brevissimamente sottolineare. L'argomento del comprensorio, come strumento organizzativo per la crescita non solo economico-sociale, ma anche culturale della periferia è stato trattato in modo molto preciso nella relazione del presidente Grigolli, a cui mi rifaccio e che qui non ripeto. A mio parere, tuttavia, è chiaro che non ci sono strumenti diversi da quello del comprensorio per promuovere un progresso uniforme di tutto il territorio regionale, per eliminare anche gli squilibri, quelle sacche di depressione culturale ed economico-sociale che si rivelano anche all'interno delle zone depresse, come è stata definita ieri la nostra regione. Ora — e mi riferisco a molti discorsi che son stati fatti qui — bisogna passare dalla teoria alla pratica. La relazione del Presidente impostava in termini generali, in termini precisi, anche dal punto di vista sociologico ed organizzativo, il problema della crescita della periferia e il problema del comprensorio. Ora bisogna passare all'attuazione pratica di questo strumento organizzativo, che è uno strumento fondamentale per la crescita della comunità. Per l'urbanistica a Trento ci sono norme precise — non conosco la legislazione urbanistica di Bolzano — che impongono i consorzi di comuni come obbligatori, per fare i piani regolatori comprensoriali.

Però resta scoperta da questa possibilità tutta la tematica dello sviluppo economico sociale. Il sottoscritto ha fatto un'esperienza diretta, signor assessore, in questo campo, ed è l'esperienza di promuovere la costituzione di una comunità nel Basso Sarca e per la Val di Ledro, e ho constatato che una delle maggiori difficoltà da superare, per affermare fra gli amministratori locali questo spirito di collaborazione, questo spirito comunitario, oltre alle difficoltà di ordine psicologico — i campanili, le mentalità, le tradizioni, le rivalità tra centri — c'è il problema che manca un ben definito istituto giuridico a cui fare riferimento. Perché se in questo momento vogliamo fare un consorzio per lo sviluppo economico sociale *tout court*, non per la gestione di questo o di quel servizio, ma se vogliamo fare un consorzio che non preveda la gestione di singoli servizi, ma in modo generale lo sviluppo economico sociale della comunità, non riusciamo a trovare un istituto giuridico cui fare riferimento, perché dobbiamo fare riferimento all'art. 81 della legge regionale n. 29 sull'ordinamento dei comuni, il quale però prevede i consorzi per la gestione di determinati servizi. Evidentemente il problema è un problema serio, perché la stessa legge 685 sulla programmazione economica prevede che per le zone montane sia necessario riconoscere nel quadro della programmazione regionale la comunità montana e il consiglio di valle, opportunamente integrato da altri enti consorziali ivi operanti, come organo locale della programmazione decisionale e operativa, all'interno appunto della programmazione regionale. E' evidente che le comunità di valle costituite e i consorzi e le comunità di zona costituite secondo le norme dettate da una legge che nell'esercizio delle sue competenze statutarie la Regione deve attuare, dovrebbe diventare anche strumento locale della programmazione economica.

Lo stesso disegno di legge sulle procedure, il 2085, di cui si è molto parlato in questi giorni, dice che gli enti che hanno competenza di fare la programmazione economica devono sentire le comunità locali. Abbiamo fatto una prima esperienza di contatto democratico con le comunità periferiche e abbiamo visto che abbiamo dovuto, anche là dove i comprensori non c'erano, quasi inventarli, per poter stabilire un contatto fra il programmatore e la periferia, che se non ha un minimo di organizzazione non riesce, con la polverizzazione degli enti locali che c'è ora, ad esprimere una linea unitaria. E' per questo che io, appunto riferendomi al programma legislativo — e ho finito — al programma legislativo della Giunta regionale per il 1968, vorrei porre l'accento, per le ragioni che ho detto, sulla priorità che deve avere, insieme a qualche altro provvedimento di legge, il disegno di legge sulle comunità di zona, perché diventano uno strumento organizzativo formidabile, per poter attuare sia le linee generali dettate dai piani urbanistici, sia le linee operative dei piani economici. Questo disegno di legge non è soltanto un provvedimento che ha natura istituzionale, ma mi pare sia un provvedimento che si cala proprio nel contesto dello sviluppo economico della Regione, come strumento che può accelerare questo sviluppo. E mi pare che questo tema sia stato affrontato in modo molto preciso nella relazione del Presidente, e che questa sia un'attuazione che non può attendere molto a lungo, per le ragioni che ho detto. Per cui sarei grato all'assessore se volesse dirmi le intenzioni che la Giunta regionale ha a questo proposito, e comunque raccomandando vivamente, per tutto quello che ho detto, che il progetto di legge cammini con una certa rapidità.

PRESIDENTE: Dunque sono prenotati a

parlare sull'assessorato enti locali, la signorina Perazzolli, la signorina Gebert, il dott. Dalsass e il cons. Manica. Per l'assessorato previdenza sociale, i cons. Mattivi, Wahlmueller, de Carneri. Se qualcuno si vuole ancora prenotare, prego farmelo sapere per iscritto.

La seduta è sospesa. Riprende alle ore 15.

(Ore 12.25).

Ore 15.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende. Pre-go prendere posto.

La parola alla signora Gebert.

GEBERT-DEEG (S.V.P.): Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich habe schon bei meiner Rede anlässlich der Generaldebatte gesagt, daß ich zu einigen Punkten noch in der Diskussion über die einzelnen Kapitel Stellung nehmen möchte.

Ich habe mich zum Kap. 1570 gemeldet, das Zuschüsse an die örtlichen Körperschaften für die Betreuung, Beistandsleistung vor allem an in Not geratene Menschen vorsieht. Wir wissen alle, daß die Frage der Gemeindefürsorgestellen eine sehr brennende ist. Früher war es möglich, daß sich Einzelpersonen an das Land oder an die Region wenden konnten, wenn z.B. durch den Verlust des Ernährers der Familie oder bei schwerer Krankheit usw. ein besonderer Notstandsfall eingetreten war. Diese Möglichkeiten sind jetzt nicht mehr vorhanden, weil die Gemeindefürsorgestellen für sämtliche Notstandshilfen des Gemeindegebiets zuständig sind. Als Orientierung zur Verselbständigung dieser Gemeindefürsorgeämter ist

dies zu befürworten. Trotzdem ich es schon mehrmals vorgebracht habe, möchte ich nochmals bitten, diese komplexe Frage der Notstandshilfen in den Gemeinden und vor allen Dingen in den Randgemeinden viel zielbewußter voranzutragen und zu finanzieren. Fortschritte sind ja bereits erzielt worden und weitere werden vom Assessor angestrebt. Ich habe jetzt von einigen Gemeindefürsorgestellen unserer Bergtärer Berichte erhalten und weiß daher, daß mit den ihnen auf Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Mitteln ein monatlicher Beitrag für Notstandshilfen an Familien oder Einzelpersonen bis zu einem Minimum von 1.000 oder 1.500 Lire gewährt werden kann. Wir wissen aber alle, daß dies nicht dem Lebensminimum entspricht und daß eine solche Notstandshilfe nicht den Grundzügen einer modernen Sozialpolitik gerecht wird, nämlich soviel Hilfe zu leisten, daß die Wiedereingliederung möglich ist oder zumindest die Not so gelindert wird, um das Lebensminimum zu sichern. Daher möchte ich dringend ersuchen, gerade diese schwächeren Gemeindefürsorgestellen zu berücksichtigen und finanziell vorzusorgen, daß für die Maßnahmen zu Gunsten der in Not geratenen Personen auch die Mittel vorhanden sind.

Eine zweite Bitte: Anlässlich der Tagung über die zukünftige soziale und fürsorgerische Tätigkeit war auch die Frage der Familienhelferinnen in Diskussion gestellt, dh. jener ausgebildeten Mädchen, die im Krankheitsfall einer Mutter oder in Notfällen für einige Wochen den Dienst in der Familie übernehmen können. Diese Familienhelferinnen werden jetzt nur von Wohlfahrtsverbänden getragen, sodaß sich die Frage ergibt, ob hier nicht von seiten der Gefa (Gemeindefürsorgeämter) ein Zuschuß gegeben werden kann. Wenn wir bedenken, daß die Unterbringung im Krankenhaus täglich über 5.000 Lire kostet und eine Fami-

lienhilfe im Tag wesentlich weniger kosten würde, dann wird es klar, daß dies nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Frage ist. Wenn demnach eine Einlieferung nicht unbedingt notwendig ist, wäre es nicht nur für die Familien, sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen wichtig diese Frage betreffs Ausbildung und Förderung dieses neuen Berufes ins Auge zu fassen.

Zum nächsten Kapitel: Beiträge und Beihilfen an Einrichtungen und Körperschaften usw. Ich verweise im Zusammenhang damit gleich auf den die Altersheime angehenden Beschlußantrag, um zu ersuchen, daß ein Anteil der vorgesehenen Mittel auch für die Instandsetzung von Altersheimen bereitgestellt wird. Deshalb bitte ich, diesen Beschlußantrag noch im Rahmen der Haushaltsdebatte anlässlich einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Ich bitte hierzu um die Unterstützung des Regionalratspräsidenten — auch was die Finanzierung für den Bau neuer Altersheime betrifft.

Ich möchte dann noch einmal auf das Problem der Betreuung geistig schwer behinderter Erwachsener zurückkommen. Wir wissen, daß für die Körperbehinderten jetzt ein Gesetz in Kraft getreten ist, das bei völliger Körperbehinderung einen Monatszuschuß vorsieht, daß aber die geistig behinderten Menschen immer noch unberücksichtigt geblieben sind. Das ist bedauerlich, denn auch das Gehirn gehört doch zum menschlichen Körper. Zum Glück werden Hunderte solcher geistig behinderter Menschen von ihren Angehörigen unter schwersten Opfern ausgehalten. Ein kleiner Beitrag wäre deshalb für die betreffenden Familien eine entscheidende Hilfe. Ich möchte dies auch wieder vom wirtschaftlichen Standpunkt her erläutern und es durch die Frage verständlich machen, was mit diesen armen Menschen, die nicht mehr in das Berufs- und Arbeitsleben einge-

gliedert werden können, geschehen würde, wenn für sie nicht mehr die Familie aufzukommen in der Lage wäre? Wir hätten dann hohe Ausgaben für die Unterbringung in Heimen zu tragen! Dabei will ich einmal ganz davon absehen, daß es an derartigen Heimen mangelt. Etwas zu tun wäre also nicht nur eine soziale Hilfeleistung, sondern bestimmt auch eine wirtschaftspolitisch hochwertige Angelegenheit. Gemöhnen wir es uns endlich ab bei sozialen Initiativen allein die Ausgaben zu sehen und nicht zugleich auch ihre Wirkung in bezug auf das gesamte gesellschafts- und volkspolitische Geschehen unserer modernen Gesellschaft.

In bezug auf die Frage der Ausbildung von Fürsorgerinnen an der Höheren Lehranstalt für Sozialdienste in Trient möchte ich noch bitten, alles zu tun, damit im Herbst der Unterricht auch in Bozen für die deutsche Volksgruppe erteilt werden kann, um gerade den Beruf der Fürsorgerin in unserem Land zu fördern. Wir alle dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das ein Grundstein moderner Sozialarbeit ist.

Ich möchte dann schließlich noch fragen, ob durch die Beiträge für die Ausstattung, Einrichtung von Strand- und Bergheimen, sowie von Arbeitererholungsheimen nicht auch Müttererholungsheime mitfinanziert werden können. Wir haben die Pflicht, auch an kinderreiche Mütter zu denken und ihnen die Möglichkeit zur Erholung zu bieten. Auch sie sind ja Arbeitstätige, wenngleich wir sie als Mutter im Haushalt nicht immer als solche betrachten. Dieser Beruf wird wohl geschätzt aber in der öffentlichen Meinung in bezug auf die Verpflichtung gegenüber der Mutter und Hausfrau nicht so gesehen wie es nötig wäre.

Das sind einige Bitten, deren Bedeutung nicht noch besonders unterstrichen zu werden braucht. Ich wende mich deshalb nicht allein

an den zuständigen Assessor, sondern an den gesamten Ausschuß und vor allen Dingen auch an den Herrn Präsidenten mit dem Ersuchen, zur Lösung all dieser so wichtigen Fragen beizutragen.

(Egredi colleghi e colleghe! Nel corso della discussione generale avevo già annunciato che in sede della discussione articolata avrei preso posizione in merito ad alcuni capitoli.

Dunque inizio con il capitolo 1570, concernente contributi da erogare a favore degli Enti locali per l'assistenza a quelle persone che vivono in uno stato di indigenza. E' noto a tutti che il problema degli Enti Comunali di Assistenza è assai scottante. Un tempo era possibile per ogni persona che fosse venuta a trovarsi in particolari difficoltà economiche, sia per la perdita del sostentatore della famiglia, sia per una grave malattia ecc., era possibile, ripeto, rivolgersi liberamente alla Provincia od alla Regione. Oggi per contro ciò non è più possibile, in quanto le persone bisognose vengono assistite sul piano comunale dai rispettivi Enti Comunali di Assistenza. Tale provvedimento, che tende ad autonomizzare gli ECA, è senza altro da sostenersi. Vorrei dunque cogliere questa occasione per tornar a pregare di voler curare e finanziare con più senso di responsabilità la complessa questione dell'assistenza comunale, in particolar modo nei Comuni minori della nostra Provincia. Devo dare atto che in tal senso sono stati fatti dei progressi e che il signor assessore competente si sta adoperando per apportare ulteriori miglioramenti. Ho ricevuto, da alcuni Enti Comunali di assistenza delle nostre valli, delle relazioni, dalle quali risulta che con i mezzi finanziari messi loro a disposizione sul piano comunale, possono elargire a famiglie o singole persone bisognose, un contributo minimo mensile di 1.000 o 1.500 lire. E' chia-

ro che una simile somma non corrisponde al minimo necessario per vivere e che siffatta assistenza è ben lontana dai principi di massima di una moderna politica sociale, secondo cui l'aiuto finanziario dovrebbe essere tale da permettere all'interessato di reinserirsi nella società o perlomeno di sentirsi sollevato dalla propria miseria, sapendo di poter contare quantomeno sull'indispensabile per vivere. Vorrei perciò rivolgere viva preghiera agli organi competenti, affinché si prendano a cuore la situazione degli Enti Comunali di Assistenza più poveri, finanziandoli, per dare loro eventualmente la possibilità di assistere quelle persone che venissero a trovarsi in una grave situazione finanziaria.

Mi si consenta comunque di aggiungere, a quanto già esposto, una seconda preghiera: in occasione della giornata per la futura attività sociale ed assistenziale si è parlato anche delle assistenti familiari, vale a dire di quelle ragazze qualificate, che prestano assistenza in casa alle madri colpite da una malattia, e se necessario anche all'intera famiglia. Queste ragazze vengono retribuite da Istituti di beneficenza, per cui ci si chiede se gli ECA non potrebbero concedere all'uopo un contributo. Se consideriamo che il ricovero ospedaliero costa oltre 5.000 lire giornaliera, e se si considera inoltre che una delle suddette assistenti familiari verrebbe a costare assai meno, emerge chiaramente come ciò rispecchi un problema non solo di natura politica, bensì anche di natura economica. Pertanto, qualora il ricovero ospedaliero non fosse assolutamente indispensabile, la seconda soluzione, che prevede appunto l'aiuto da parte di una assistente familiare sarebbe sotto il profilo politico-economico assai più conveniente, per cui andrebbe in merito presa a cuore la questione della preparazione e conseguente sviluppo di questa nuova professione.

Altro capitolo: contributi e sovvenzioni a favore di istituzioni, enti ecc. A tal proposito faccio subito cenno al problema delle case di riposo, e mi richiamo alla relativa mozione presentata in Consiglio regionale per chiedere che una parte del denaro previsto da questo capitolo venga destinata alle riparazioni di dette case. Sarebbe opportuno pertanto che la mozione in parola venisse trattata nelle prossime sedute nell'ambito di questo dibattito sul bilancio. Al riguardo prego il Presidente del Consiglio regionale di voler appoggiare la questione.

Un altro problema che ci terrei ad esporre ancora una volta riguarda l'assistenza ai minorati psichici adulti, per i quali finora non è stato preso alcun provvedimento, contrariamente a quanto si è invece fatto per i minorati fisici. Infatti recentemente è entrata in vigore una legge secondo la quale tutte le persone colpite da una totale infermità fisica potranno godere di un assegno mensile. E' veramente deplorabile che nella legge in parola non siano stati inclusi anche i minorati psichici, in quanto pure il cervello fa parte del corpo umano! Fortunatamente centinaia di questi ammalati vengono curati, sebbene con immensi sacrifici, dalle proprie famiglie, per le quali anche soltanto un piccolo contributo mensile sarebbe veramente di grande aiuto. Anche qui vorrei mettere in rilievo l'aspetto economico della questione. Che cosa accadrebbe infatti, qualora le famiglie interessate non fossero più in grado di mantenere questa povera gente, che non potrà mai essere inserita nel mondo del lavoro? Dovremmo assumerci il gravoso onere per il ricovero di detti minorati in apposite case di cura, senza contare poi che non disponiamo di istituti attrezzati all'uopo. Un eventuale provvedimento legislativo non costituirebbe soltanto un aiuto sociale ma anche un provvedimento a carattere

altamente politico-economico. Smettiamola dunque di considerare soltanto le spese che comportano le iniziative a carattere sociale, ma incominciamo anche a vedere quali siano i loro effetti in relazione a tutti gli avvenimenti a carattere sociale democratico e politico della nostra moderna società.

Per quanto riguarda il problema dell'istruzione e preparazione, presso l'Istituto Superiore per i servizi sociali in Trento, delle assistenti sociali, vorrei pregare i responsabili di fare di tutto affinché in autunno si possano aprire in Bolzano questi corsi in lingua tedesca, onde favorire lo sviluppo di tale professione anche nella nostra Provincia. Dobbiamo essere perfettamente consapevoli che ciò costituisce veramente la base di una moderna attività sociale.

Infine vorrei ancora chiedere se con i contributi destinati all'arredamento di case di soggiorno in zone marine e montane, nonché di case di ristoro per lavoratori, non si potrebbero finanziare anche case di soggiorno riservate alle madri. Infatti sarebbe nostro dovere pensare alle madri delle famiglie numerose, offrendo a queste donne di casa la possibilità di prendersi una vacanza. Anche esse infatti sono delle lavoratrici e sebbene la loro opera di casalinghe sia altrettanto encomiabile quanto quella di qualsiasi altro lavoratore, non si vogliono riconoscere ufficialmente i loro diritti.

E' superfluo, penso, sottolineare ulteriormente l'importanza di queste richieste, per cui prego caldamente il competente assessore ed in particolare il signor Presidente, affinché si adoperino a fondo alla soluzione di tali problemi.)

PRESIDENTE: La parola alla signorina Perazzolli.

PERAZZOLLI (D.C.): Signor Presidente, signori consiglieri, ci sono alcuni problemi di questo assessorato enti locali e assistenza, che mi stanno particolarmente a cuore e sui quali desidero fare alcune riflessioni. Sono temi, come ha detto la signora Gebert, che toccano direttamente l'uomo, la sua problematica, problematica alle volte angosciosa, e che meritano senz'altro tutta la nostra attenzione. Io posso capire perciò la collega Gebert quando lamenta con un certo calore che si dà troppo poco peso a questi problemi, trattati, lei dice, con poco entusiasmo. Posso capire, dico, questa ansia, perché in effetti chi vive giorno per giorno tali problemi e ne sente tutta la portata umana e sociale, non può mai essere pienamente soddisfatto e non può non tendere sempre a qualche cosa di nuovo e di più, dato anche lo sviluppo di una società che crea continuamente nuove attese e che inevitabilmente crea anche delle sprequazioni e quindi dei confronti fra chi è più dotato, più favorito dalla sorte o dalla propria capacità e volontà. Però non posso ammettere che la relazione programmatica di un presidente si limiti o contenga delle elencazioni di quanto si fa o si dovrebbe fare, ma piuttosto non cerchi, come il Presidente Grigolli ha fatto, di enunciare dei concetti generali, dei principi, di tracciare le linee di una politica economica o assistenziale o sanitaria, che dir si voglia, ma non di più. Se posso quindi esser d'accordo con chi afferma che sia necessario abbandonare il concetto del solo aiutare, cioè caritativo, non mi sento di condividere l'affermazione che l'Ente Regione manchi di giustizia, perché non dà quello a cui l'uomo ha diritto. E' un'affermazione naturalmente un po' forte; che in questo settore ci sia sempre da fare, che non ci si debba mai sentire pienamente soddisfatti, come ho già detto, che non debba mai venir meno lo stimolo, l'incitamento, lo sforzo per soddisfare le

esigenze che via via si fanno sentire e che i tempi nuovi creano, questo naturalmente è un'altra cosa. Ed ecco perciò che sono i singoli assessorati che devono approfondire la loro tematica, che ne devono sottolineare gli aspetti più importanti e urgenti, che devono delineare un programma di interventi e proporre cioè delle soluzioni. E' quanto ha fatto, mi pare, l'assessore agli enti locali e quanto devono fare le due amministrazioni provinciali entro le proprie competenze e responsabilità e così pure gli enti locali, vedi in questo caso gli ECA ed altri. Intendo riferirmi particolarmente al problema delle case di riposo, problema che ormai sta diventando uno dei più sentiti e più urgenti, problema sociale sempre più pressante per il prolungarsi della vita umana, non però ancora accompagnata da sufficienti mezzi di sostentamento, da un'autosufficienza economica e sociale, per cui molte persone anziane hanno ancora la necessità e l'urgenza di trovare ospitalità in una casa che non è più la loro, perché le vicende della vita le ha lasciate sole o senza affetti e questo, molte volte, a spese della pubblica amministrazione. E' vero che importanti modifiche sono intervenute negli ultimi decenni a favore della categoria di cittadini che qui ci interessa: da un lato si è andato sempre più realizzando il diritto alla pensione, sia per i lavoratori dipendenti che per quelli indipendenti, dall'altro è aumentata percentualmente l'entità delle persone anziane nell'ambito della popolazione globale, per effetto soprattutto del migliorato tenore di vita e di una più larga protezione igienica e sanitaria. Nel decennio intercorrente fra i due ultimi censimenti generali della popolazione italiana, le persone con età superiore ai 75 anni sono passate dall'8,2% al 9,6 della popolazione totale, toccando nel 1961 la entità di quasi 5 milioni di unità, che si prevede possano raggiungere nel 1981 una quota

vicina ai 7 milioni e mezzo, pari al 13% della popolazione. Per cogliere il rilievo del fenomeno, occorre tener presente che un secolo fa tale categoria di età rappresentava solo il 4,2% e cinquant'anni fa il 6,5% della popolazione totale. Ed il tema lo si è posto anche la Giunta regionale e in modo particolare l'assessorato enti locali, che nell'anno 1967 ha fatto un lodevole sforzo per un'indagine sulle case di riposo esistenti nella nostra Regione. La relazione che ne è la conclusione merita secondo me la massima attenzione, perché finalmente pone davanti all'opinione pubblica con senso di realismo e con coraggio il problema, chiamando alle proprie responsabilità tutti coloro che di tali responsabilità sono investiti. Lo dice espressamente l'assessore Fronza nella introduzione all'indagine sopra accennata: « L'Assessorato ritiene di offrire alla meditazione di ognuno ed agli impegni che dovranno essere assunti, uno strumento indispensabile ». E più avanti egli dice: « Non è possibile infatti, mentre si attua la programmazione, che in questo campo così denso di implicazioni umane e sociali, anche se relativamente esiguo nella consistenza, si possa continuare a procedere coi vecchi sistemi, retaggio di iniziative altamente encomiabili ma avulse da una visione di insieme del problema, che postula interventi e soluzioni non differenziate, anzi armonizzate fra provincia e provincia e nell'interno stesso di ogni provincia, che esige una loro corrispondenza alla più vasta azione che, investendo anche i settori sanitario, mutualistico e previdenziale, punta allo stato sociale, nel quale il diritto alla salute assicuri ad ogni cittadino un sistema che copra globalmente non solo la cura, ma anche la prevenzione e la promozione della salute ».

E' fuori dubbio che il ricovero in istituto è ancora il mezzo assistenziale più diffuso in Italia, pur essendo pensabile che la strada mi-

gliore sia quella di permettere a ciascuno, sulla scorta della pensione disponibile, di scegliere la soluzione che preferisce, o individuale o organizzata per collettività o con assistenza a domicilio e presso centri diurni o in Istituto. Le iniziative possibili a livello non sperimentale sono per ora rivolte all'istituzione di nuovi istituti per anziani in misura rispondente alle varie richieste e all'ammodernamento dei vecchi istituti di ricovero, facendo nell'un caso e nell'altro riferimento a un livello minimo di prestazioni, che è necessario fissare, sia per rendere possibili interventi pubblici programmati di assistenza finanziaria e assistenza tecnica, sia per offrire un orientamento valido a quanti operano nel settore dell'assistenza agli anziani. E' quanto si è detto anche dei piani economici provinciali, almeno per quanto riguarda la provincia di Trento, prevedendo un certo numero di case di riposo nuove e la riattazione di alcune esistenti, ma invecchiate e non più adatte alle moderne esigenze. Fra quelle nuove si è prevista una distinzione fra istituti per cronici, per i quali è necessaria una particolare assistenza organizzata da quella ospedaliera; istituti per deboli mentali, che richiedono anch'essi una particolare strutturazione, ed infine istituti per sani, che sono per ora la struttura esistente e sui quali ha posto la propria attenzione l'indagine condotta dalla Regione. La mancanza di specializzazione assistenziale crea grossi inconvenienti, ad esempio difficoltà organizzative ed economiche di gestione, che devono essere assolutamente eliminati, strutturando istituzioni omogenee che assicurino agli ospiti autonomia ambientale e di trattamento e possono effettivamente tendere alla migliore qualificazione del servizio, tenuto conto del tipo di bisogno dell'anziano. C'è anche il problema delle rette, in quanto il livello minimo delle pensioni è ancora lontano dal sopperire ad una retta deter-

minata in base al costo dei servizi. Resta ancora il grande numero di coloro, oltre la metà degli attuali ospiti delle case di riposo, che sono ricoverati a carico dello Stato o degli Enti locali, oppure dall'assistenza privata. Il problema quindi non si presenta di facile soluzione; dobbiamo prevedere un periodo di alcuni anni, in cui si determinerà un parallelo aumento del livello delle prestazioni degli istituti e del livello delle rette. Non è pure da trascurare il problema dell'ubicazione delle case di riposo; la necessità di garantire il servizio in tutte le zone della provincia, vedi piano provinciale di distribuzione sul territorio, in modo da poter offrire ospitalità ai cittadini che lo desiderino nello stesso comprensorio ove già risiedono, tenendo conto degli spostamenti demografici e dell'invecchiamento della popolazione. Non meno importante la necessità di operare le scelte edilizie, fatte in funzione di un'organizzazione razionale dei servizi interni, delle esigenze igieniche e sociali dell'individuo e della vita di gruppo, le dimensioni razionali ed economiche degli edifici. Perché mi dilungo in questi particolari? Per dimostrare o per cercare di dimostrare, anche se può essere ovvio, che il problema delle case di riposo è molto complesso e non si risolve solamente dando più fondi agli enti gestori. Vorrei dire — e non è questo un paradosso — che quello del finanziamento non è certo uno dei temi più importanti. Ed ecco perché io non vedrei assolutamente necessario auspicare un'apposita legge regionale per il finanziamento delle case di riposo. Dice la collega Gebert che gli ECA partirebbero da un punto concreto per risolvere i loro guai. Certamente la collega valuta il problema nella sua complessità e competenza, questo non lo metto in dubbio, ma se è solo quella economica la difficoltà che pone il tema delle case di riposo, non vedo perché non si possa adire alle leggi

dello Stato, vedi legge Tupini ed altre, e alle leggi regionali, vedi leggi 17 e 3 dei lavori pubblici. Nella provincia di Trento molti sono stati gli interventi in tema di case di riposo, fatti dall'assessorato lavori pubblici sulle leggi 17 e 3, ed io do volentieri atto di questo al mio collega Salvadori che ha dimostrato una sua particolare sensibilità verso i problemi sociali più gravi, incitandolo naturalmente nello stesso tempo a continuare su questa strada. La Regione poi, con i suoi interventi sull'art. 4550 per attrezzature e impianti igienici, ha speso nei passati anni qualche centinaio di milioni, ridonando così colore, luce, pulizia e decoro a molte case di riposo. Ma qui si tratta, più che altro, di fare una politica razionale in questo settore: molte case devono essere eliminate; il costo poco economico di molte gestioni, toglie ogni possibilità di dare un trattamento confortevole all'interno di certe case. Non è pensabile che in una provincia, per esempio, come Bolzano — mi scusino gli altoatesini — ci siano quasi 60 case di riposo; neppure con dei grossi interventi finanziari molte di queste case potranno sostenersi. Nella provincia di Trento c'è già stato un certo ridimensionamento, che però non è ancora sufficiente, ma dovrà trovare una continuazione per giungere ad una più equa distribuzione dei posti e a delle gestioni più economiche e quindi di migliore trattamento degli ospiti. Se ciò avverrà, la persona potrà essere più rispettata, il personale di servizio potrà venire trattato più dignitosamente ed essere meglio preparato, come già si è iniziato a fare, almeno in provincia di Trento, e si assicurerà pure la possibilità di assumere e di pagare meglio il personale laico laddove il personale religioso venisse ritirato, per il moltiplicarsi delle iniziative e delle istituzioni specializzate che richiedono in numero sempre maggiore il personale religioso; ma soprattutto ci potrà essere

una migliore alimentazione, maggiore assistenza sanitaria ed igienica, una più razionale e completa occupazione del lungo tempo libero, una più ricca vita di relazione all'interno e all'esterno della Casa. Auspico quindi che al primo sforzo che l'assessorato Enti locali ha fatto nel redigere l'indagine sulle case di riposo, ne segua un altro conclusivo nel fare delle pratiche proposte di intervento, affinché quanto si è fatto fin qui, e non è poco, possa trovare un logico coronamento per risolvere globalmente il delicato problema e per dare una risposta esauriente alle molte ed annose richieste della società per quanto riguarda l'assistenza alle persone anziane. Non basta però lo sforzo della Regione: esso deve venire affiancato da quello delle due Province, alle quali tale problema sta particolarmente a cuore, e da quello degli enti locali, vedi ECA, opere pie, privati, che fin qui hanno fatto degli sforzi certamente notevoli ed apprezzabili e che li continueranno a fare.

Desidero ora aggiungere alcune osservazioni sul servizio sociale, o meglio sulla Scuola superiore regionale di servizio sociale, che a Trento da anni prepara gli operatori. Ha diplomato fin qui ben 260 assistenti sociali, che, come tutti sanno, sono entrati ormai in tutti i nostri enti pubblici, in tutti ormai gli enti, anche privati, assistenziali ed in molti enti economici. La Scuola superiore di servizio sociale è una istituzione — di Trento, parlo — è una istituzione senz'altro moderna, seria, che è venuta affinando e arricchendo, via via, i propri programmi, le proprie tecniche, cosicché è in grado di formare quegli operatori sociali, capaci di affrontare i problemi della odierna società in continua evoluzione e trasformazione. E' una scuola però che si dibatte in grosse difficoltà economiche, perché poggia ora purtroppo esclusivamente sui contributi della Regione e della Provincia autonoma di Trento, essendo venuto

a mancare quel contributo dello Stato già dal 1967; cosicché in questi due anni '67-68 vengono a mancare alla scuola 10 milioni di entrata sicura, come ha sempre avuto negli altri anni, e questo pone il bilancio della scuola in difficoltà notevolissime e insormontabili. Il bilancio preventivo per l'anno in corso, per esempio, ha un disavanzo preoccupante, pur essendo tirato all'osso nella parte della spesa. Eppure questa scuola si va sviluppando sempre più, non tanto nel numero dei frequentanti, perché la scuola non trascura una selezione attitudinale — e secondo me fa benissimo — bensì nella serietà del suo piano di studi, nello sforzo di un aggiornamento culturale e professionale degli allievi, come pure nell'impegno ad aiutare economicamente tutti gli studenti meritevoli e bisognosi mediante borse di studio e culturalmente e professionalmente i diplomati con frequenti corsi di perfezionamento e di aggiornamento. Però con la sola buona volontà non si sta in piedi. E mi chiedo perché la Provincia di Bolzano non concorre alla spesa di una scuola che sta qualificando anche personale di lingua tedesca. Vedo qui nel numero di iscritti per l'anno 1967-68 la presenza di ben 6 studenti di madre-lingua tedesca. E' certamente assai positivo che ogni anno alcuni studenti di lingua tedesca si iscrivono alla scuola di servizio sociale assieme a quelli di madre-lingua italiana che provengono pure dalla provincia di Bolzano. E' positivo, dico, perché ciò dimostra come anche a Bolzano si senta la necessità di avere personale socialmente specializzato, dovendo preparare l'ambiente alle modificazioni strutturali che la programmazione introdurrà. So che la scuola farà un ulteriore sforzo per consentire agli studenti di Bolzano di avere alcune lezioni fondamentali, trasferendo qui nella città di Bolzano qualche professore, oltre ad avere anche la possibilità, come sempre, di svol-

gere qui il proprio tirocinio. Questo atto di buona volontà meriterebbe certamente una maggiore sensibilità e collaborazione da parte anche della Provincia di Bolzano.

Raccomando quindi al signor assessore di voler sollecitare anche la Provincia di Bolzano a riconoscere ed appoggiare questa scuola superiore di studi sociali e la Giunta regionale a fare ogni sforzo nei limiti del possibile per aiutare di più tale benemerita istituzione. Qui naturalmente ci vorrebbe come minimo, dato che già l'anno scorso la Regione ha stanziato 5 milioni in più e gli altri 5 che venivano a mancare li ha messi a disposizione la Provincia autonoma di Trento, ci vorrebbe però come minimo un ulteriore aumento di 5 milioni. Io non presento un ordine del giorno, una proposta scritta, però mi rimetto alla sensibilità dell'assessore, che del resto è sempre stato molto accorto anche in questo settore, perché egli e anche la Giunta hanno preso atto di questa difficile situazione e hanno promesso tutto il loro appoggio. E di questo la ringrazio già fin d'ora.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Es ist vielleicht mein Schicksal heute am Vormittag wie auch am Nachmittag über Dinge zu sprechen, über die schon x-mal hier im Regionalrat gesprochen worden ist. Es ist also nichts Neues, was ich jetzt bringe. Schon im Sommer des vergangenen Jahres 1967 hatte ich an den Präsidenten des Regionalausschusses — es war damals noch Präsident Dalvit — eine Frage über die Abwicklung eines Wettbewerbes für Berufsfeuerwehrleute in der Provinz Bozen gerichtet. Ich hatte damals einige Unregelmäßigkeiten aufgezeigt und wollte

zur Klärung derselben beitragen. Diese Anfrage war so lange unterwegs bis ich sie wieder vorlegen mußte und nun habe ich die Antwort und zwar eine schriftliche Antwort bekommen. Sie kann nicht als erschöpfende Antwort betrachtet werden und enthält einige Ungenauigkeiten. Wie Sie sich vielleicht noch erinnern werden, wurden damals die Kandidaten bei der Abwicklung dieses Wettbewerbes von einer Ärztekommision beim Militärspital in Bozen bzw. in Trient untersucht. Ich hatte damals in meiner Anfrage behauptet und wiederhole es heute, daß meine Erachtens diese Untersuchung ziemlich oberflächlich durchgeführt worden ist. In der italienischen Presse wurde es als ein Skandal bezeichnet, daß man es auch nur wagen könne, etwas derartiges zu behaupten. Trotzdem muß ich heute wiederum sagen, daß die Untersuchung ziemlich oberflächlich gewesen war. Ich könnte auch Beweise dafür liefern, denn dieselben Kandidaten hatten sich nachträglich nochmals untersuchen lassen und wurden dann vollkommen gesund erklärt. Damals hatte ich darauf hingewiesen, daß z.B. ein Kandidat als körperlich ungeeignet ausgeschieden worden sei, der erst vor einigen Monaten von seiner Militärdienstzeit zurückgekehrt war, dieselbe aber nicht als gewöhnlicher Soldat geleistet hatte, sondern bei der Berufsfeuerwehr in Rom ausgebildet worden war, um dann die ganze Zeit bei der Berufsfeuerwehr Dienst zu verrichten. Interessant dabei ist, daß jemand, bevor er überhaupt zu dieser staatlichen Feuerweherschule zugelassen wird, einer sehr gründlichen Untersuchung unterzogen wird. Für diesen Militärdienst wurde er also für tauglich befunden währenddem er hier, wo er für sich eine Existenz suchte, für untauglich erklärt worden ist. Ich hatte damals in meiner Anfrage angeregt, für diese Kandidaten die Möglichkeit vorzusehen, bei derart evidenten Fehl-

entscheidungen Einspruch einlegen zu können. Vom Präsidenten des Regionalausschusses wurde mir daraufhin geantwortet, diese Einspruchsmöglichkeit sei schon vorgesehen gewesen, nachdem den ausgeschiedenen Kandidaten das Dekret über ihren Ausschluß mitgeteilt worden sei. Es stimmt schon, sehr geehrter Herr Assessor — ich wende mich an Sie, da der Präsident nicht anwesend ist —, daß dieses Dekret den Kandidaten mitgeteilt worden ist. Es darf jedoch dabei nicht außer Acht gelassen werden, wann diese Mitteilung gemacht wurde. Vergessen wir z.B. nicht, daß ein Kandidat mit Schreiben vom 10. Juli die nochmalige Untersuchung verlangt hatte. Im August fand dann der Wettbewerb statt und erst im September bekam er die Mitteilung über seine Nichtzulassung. Ich glaube nicht, daß das demokratische Recht eines jeden einzelnen Bürgers dadurch gewahrt wird, indem ihm seine Nichtzulassung erst nach Abwicklung des Wettbewerbes bekanntgegeben wird. Die betreffende Mitteilung müßte ihm daher rechtzeitig zugestellt werden und nicht erst nach Abwicklung des Wettbewerbes, d.h. wenn es schon zu spät ist.

Ich habe aber noch auf etwas Sonderbares hingewiesen. Am Wettbewerb hat nämlich auch einer teilgenommen, der schon seit 6 oder 7 Jahren bei der Berufsfeuerwehr provisorisch als Feuerwehrmann Dienst leistet. Auch er wurde als ungeeignet ausgeschieden, ist jedoch weiterhin dort verblieben. Nun wird mir in der Antwort auf meine Anfrage gesagt, er werde nicht als regelrechter Feuerwehrmann geführt und aus einem anderen Kapitel bezahlt. Das mag wohl sein, doch eines steht fest, daß er seit 6-7 Jahren und heute noch als Feuerwehrmann Dienst versieht, aber trotzdem als körperlich absolut ungeeignet ausgeschieden worden ist. Mir erscheint es daher sonderbar, daß

er trotz seiner behaupteten Untauglichkeit weiterhin dort verbleiben konnte. Ich bestehe selbstverständlich nicht darauf, daß man ihn wegschickt, weil er es auch notwendig haben wird. Denselben Maßstab sollte man aber auch für die anderen Kandidaten anwenden, die dort noch nicht Dienst leisteten, weshalb man auch ihnen hätte die Möglichkeit einräumen müssen, ebenfalls an diesem Wettbewerb teilzunehmen.

Etwas Positives sehe ich in der Antwort des Präsidenten, daß für den nächsten Wettbewerb von der Region eine eigene Ärztekommision eingesetzt und nicht mehr die Ärztekommision beim Militärspital herangezogen werden wird.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt. Schon vor Jahren hatte ich immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, für die Freiwilligen Feuerwehren die notwendige Ausrüstung und somit auch die notwendigen Geldmittel in der Bilanz vorzusehen, denn die Berufsfeuerwehr hat einen eignen Haushalt und die dementsprechende Finanzierung. Bei der letztjährigen Bilanzdebatte habe ich es als etwas Positives bezeichnet, daß der Betrag nun endlich auf 110 Millionen Lire gebracht wurde. Der Regionalassessor hatte bei dieser Gelegenheit auch versprochen, daß dieser Betrag für mehrere Jahre so verbleiben würde. Aber was ist nun in der Zwischenzeit geschehen? In der diesjährigen Bilanz 1968 ist dieser für beide Provinzen gedachte Betrag auf 80 Millionen reduziert worden, also um volle 30 Millionen gekürzt worden. Dies trotzdem der Regionalausschuß bzw. das zuständige Assessorat vor drei oder vier Jahren eine eigene technische Kommission eingesetzt hatte, um den Bedarf der Freiwilligen Feuerwehren d.h. die Geldmittel festzustellen, die alljährliche für die notwendige Ausrüstung erforderlich sind. Sie errechnete damals, daß jährlich 100 Millionen

Lire bzw. 200 Millionen Lire insgesamt für die Region nötig sind. Nachdem nun einmal 110 Millionen Lire für die gesamte Region, also 55 Millionen für jede Provinz, vorgesehen waren, soll jetzt dieser Betrag um 30 Millionen Lire vermindert werden. Man wird mir sagen, das Jahr 1967 sei ein außerordentliches Jahr gewesen, weil vorher im November 1966 die Unwetterkatastrophe über unsere Region hereingebrochen war und somit mehr Material verlorengegangen ist und daß deshalb für die Feuerwehren mehr getan werden mußte. Mit diesem kleinen Mehrbetrag des Jahres 1967 konnte jedoch keineswegs der Ausfall an Material, den die Feuerwehren anlässlich der Unwetterkatastrophe des Jahres 1966 erlitten hatten, gedeckt werden. Deswegen wäre es billig und recht gewesen, Herr Assessor, auch für das laufende Jahr 1968 und für die kommenden Jahren zumindest noch diesen Betrag in der Bilanz vorzusehen.

Noch etwas: Anlässlich der letztjährigen Haushaltsdebatte war auch davon die Rede, daß auch der Staat einen außerordentlichen Beitrag für das Feuerwehrwesen gewähre. Es wurde damals von einer Summe von 30 Millionen Lire gesprochen. Ich möchte deshalb den Herrn Assessor fragen, ob dieser Beitrag von seiten des Staates zugesichert, oder, ob er schon ausgezahlt worden ist und eventuell für welche Zwecke er Verwendung finden sollte. Dies ist ein Thema.

Ich möchte auch ein zweites Thema ansprechen, und zwar ist es das der Tätigkeit der Landesverbände der Freiwilligen Feuerwehren. Wie Sie wissen, Herr Assessor, ist der Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren der Provinz Bozen sehr aktiv und hat die Schulung der freiwilligen Feuerwehrleute übernommen. Er führt zu diesem Zweck eine Schule in Naturns und kommt für sie auf. Die Tätigkeit des Lan-

desverbandes ist nun derart vielfältig, daß es schon zu überlegen wäre, ob man demselben nicht mehr Geldmittel zur Verfügung stellen müßte, damit er seiner Aufgabe gerecht werden kann. Ich spreche in diesem Fall selbstverständlich nur vom Landesverband der Provinz Bozen, denn irgendwie operiert der Landesverband der Provinz Trient auf einer anderen Ebene. In der Provinz Trient haben wir keine Bezirksverbände und auch die Tätigkeit des Landesverbandes ist meines Wissens sehr gering. Bitte vergewissern Sie sich hierüber, Herr Assessor. An die Landesverbände sind in den letzten Jahren immer diese Beiträge ausgezahlt worden und an beide Verbände in gleicher Höhe, obwohl in Trient die Tätigkeit sehr gering ist. Ich weiß, daß der Landesverband der Provinz Bozen über die Verwendung dieser Gelder immer Rechenschaft gegeben hat. Der Trentiner Verband hat es aber bis heute noch nie getan. Dies könnte und sollte aber nachgeholt werden, um über die Verwendung dieser Gelder einen besseren Überblick zu bekommen.

Ich möchte jetzt noch ein anderes Thema anschneiden. Seit mehr als einem Jahr — so wurde mir zumindest berichtet —, befindet sich eine Gruppe von Feuerwehrleuten in Meran. Es sind Feuerwehrleute des Nationalkorps, die aus Rom heraufgeschickt worden sind. Es wäre deshalb interessant, Herr Assessor, zu wissen, was diese Feuerwehrleute in Meran zu tun haben. Denn wenn es um einen Dienst geht, der von Feuerwehrleuten zu versehen ist, dann muß ich sagen, daß wir selbst Feuerwehrleute haben, die auch auf der Höhe sind um diesen Dienst zu versehen. Diese Feuerwehrmänner haben sich auch den Namen « Landeskommando der Feuerwehren Meran » zugelegt, wie aus Schreiben entnommen werden kann. Wenn nun diese Feuerwehrleute in Meran gelassen werden, dann verzichtet man irgendwie

auf die eigene Kompetenz, weil ja das Feuerwehrwesen zur ausschließlichen Kompetenz der Region gehört und es deshalb nicht zugelassen werden darf, daß irgendwo in der Region andere Feuerwehrleute irgendeinen Feuerwehrdienst versehen. Es liegt daher im Interesse der Region, ihre Kompetenzen zu wahren und deswegen einmal nach dem Rechten zu sehen, um in Erfahrung zu bringen, was diese Gruppe von Feuerwehrleuten in Meran zu tun hat, wo sie sie in einem Hotel untergebracht sind.

Ich will noch einen Punkt erwähnen, den ich ebenfalls schon oft angeschnitten habe. Sie wissen, Herr Assessor, daß auf Grund des Regionalgesetzes vom Jahre 1963 die Freiwilligen Feuerwehren nicht nur einen außerordentlichen, sondern auch einen ordentlichen Beitrag für die ordentliche Verwaltung erhalten. Es gibt zwei verschiedene Beiträge: einen fixen Beitrag, den jede Feuerwehr bekommt, und dann noch eine Kopfquote, die auf Grund der im Wirkungsbereich ansässigen Bevölkerung festgesetzt wird. Wenn also in einer Gemeinde eine einzige Feuerwehr besteht, so bekommt diese 100 Lire je Einwohner. Wenn in einer Gemeinde mehrere Feuerwehren bestehen, dann wird der Wirkungsbereich vom Gemeinderat aufgeteilt und die einzelnen Freiwilligen Feuerwehren erhalten dann diese Kopfquoten je nach der Bevölkerungszahl ihres Wirkungskreises. Diese Kopfquote — ich habe es Ihnen schon x-mal gesagt —, wird an die Gemeinde anstatt direkt an die Freiwillige Feuerwehr ausgezahlt. Deshalb ist es immer wieder zu Unannehmlichkeiten und Verzögerungen in der Auszahlung dieser Kopfquoten gekommen. Um diese Unannehmlichkeiten und Verzögerungen zu vermeiden, hatte ich seinerzeit den Vorschlag gemacht, das Gesetz dahingehend abzuändern, daß nicht nur der fixe Betrag, sondern auch diese Kopfquoten an die Freiwilligen

Feuerwehren ausbezahlt werden. Hierzu genügt ein Gemeinderatsbeschluß, mit dem der Wirkungsbereich der einzelnen Freiwilligen Feuerwehren festgesetzt wird. Es war jedoch nur mein Wunsch, dieses Gesetz dementsprechend zu ändern, denn den gleichen Wunsch haben auch die Freiwilligen Feuerwehren selbst, die Landesverbände und die einzelnen Bezirksverbände. Auch die Gemeinden selbst sind froh, wenn sie nicht diese Gelder in Empfang nehmen müssen, um sie dann wiederum weiterzugeben, denn für die Gemeinden ist dies nur eine Mehrbelastung, die sie gerne vermeiden würden. Für diesen Vorschlag der Abänderung des Gesetzes ist aber zusätzlich auch der Verwaltungsrat der Feuerwehrkasse in Trient eingetreten. Es wäre deshalb doch an der Zeit, Herr Assessor, diesem Wunsch nachzukommen und die Änderung dieses Gesetzes vorzunehmen. Ich bin überzeugt, daß dann auch die Auszahlung viel schneller und reibungsloser vor sich gehen würde. Dies ist es eigentlich, was das Feuerwehrwesen betrifft. Aber ich wollte noch etwas erwähnen und das betrifft Sie, Herr Assessor Fronza. Ich habe die Verzeichnisse über die Verteilung der Beiträge durchgelesen, die hauptsächlich an Vereine und Verbände für wohltätige Zwecke gegangen sind. Es sind normalerweise große Beträge, die da aufscheinen. Es ist mir z.B. ein Betrag aufgefallen, der mich besonders interessiert hat, weil auch der Südtiroler Kriegsoferversverband um einen Betrag nachgesucht hat. Er hat 80.000 Lire bekommen und in dem Verzeichnis ist schwer ein anderer Beitrag zu finden, der so niedrig ausgefallen ist. Der Kriegsoferversverband ist ein Verband, der für die Südtiroler Kriegsofervers aufkommt und der daher einen großen Bedarf hat; um die eigenen Mitglieder unterstützen zu können. Ich habe dann die Beträge an die anderen Vereine und Verbände mit

einem ähnlichen Ziel nachgeprüft. Es sind italienische Verbände und Vereine und ich mußte dabei feststellen, daß dieselben zusammen die ansehnliche Summe von 1.100.000 Lire erhalten haben. Ich glaube, daß dies wohl in keinem Verhältnis steht, nämlich 80.000 zu 1.100.000. Auch in den abgelaufenen Jahren hat der Südtiroler Kriegsoferversverband immer sehr bescheidene Beiträge bekommen. Dabei ist noch zu bedenken, daß die italienischen Verbände, die jeweils 3-4-500.000 Lire bekommen, auch vom Staate eine Unterstützung erhalten, während der Kriegsoferversverband dies nicht bekommt.. Mir kommt deshalb vor, daß hier nicht mit dem richtigen Maßstab vorgegangen worden ist. Deswegen muß ich Sie schon ersuchen, Herr Assessor, wenigstens für das laufende Jahr 1968 ein wenig nach dem Rechten zu sehen. Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen, außer der weiteren Feststellung, daß z.B. in der Provinz Bozen an die Nomaden 400.000 Lire gegeben worden sind, was auch in keinem Verhältnis zur Tatsache steht, daß bestimmten anderen Verbänden nur 80.000 Lire gegeben worden sind. Man hat daher den Eindruck, daß man dem Südtiroler Kriegsoferversverband so wenig als nur möglich geben will, damit er früher oder später aufgeben muß. Ich ersuche Sie deshalb nochmals eindringlich, Herr Assessor, daß auch für den Südtiroler Kriegsoferversverband ein wenig mehr Verständnis bei der Verteilung der Beiträge für das laufende Jahr 1968 aufgebracht wird.

(Egregio signor Presidente! Pare proprio sia mio destino parlare di cose già ripetutamente discusse qui nel Consiglio regionale per cui non esporrò dunque nulla di nuovo. Già nell'estate del 1967 avevo indirizzato al Presidente della Giunta regionale — cioè all'allora Presidente Dalvit — un'interrogazione relativa ad

alcune irregolarità riscontrate nella procedura di un bando di concorso per vigili del fuoco del Corpo Permanente, irregolarità che desideravo fossero chiarite. Detta interrogazione restò inevasa tanto a lungo da costringermi a ripresentarla, ed ora ho ricevuto la risposta, una risposta scritta che contiene alcune inesattezze e non può propriamente dirsi esauriente. Come lei forse ricorderà i concorrenti al bando vennero a quel tempo visitati da una commissione medica presso l'ospedale militare di Bolzano, o meglio presso quello di Trento. Nella mia interrogazione feci presente, e torno ora a ripeterlo, che secondo me quelle visite mediche vennero effettuate alquanto superficialmente. La stampa italiana definì uno scandalo il solo fatto che si osasse affermare una cosa del genere. Ciò nonostante torno oggi a ribadire che le visite mediche furono parecchio superficiali. Potrei in merito anche produrre delle prove, in quanto gli stessi concorrenti si sottoposero in seguito ad una nuova visita medica e vennero dichiarati perfettamente sani. Sempre in quell'occasione feci presente ad esempio che un candidato era stato eliminato per inidoneità fisica, e ciò a pochi mesi dal suo rientro dal suo servizio militare che aveva prestato non da soldato semplice bensì quale vigile del fuoco, previamente addestrato all'uopo, presso il Corpo Permanente del Servizio Antincendi di Roma. Degno di nota è appunto il particolare che per l'ammissione al suddetto corso di addestramento, l'aspirante viene sottoposto preventivamente ad una radicale visita medica. Il candidato venne dunque giudicato idoneo per quel particolare servizio militare, mentre qui, ove ne andava del pane per la sua esistenza lo si dichiarò fisicamente inidoneo. Nella mia interrogazione io avevo perciò proposto che in casi così lampanti di decisioni errate, venisse prevista per i candidati la possibilità di presentare ricorso. Il Presi-

dente della Giunta regionale mi rispose in merito che tale possibilità di reclamo era già prevista, in quanto ai candidati giudicati inidonei era stato notificato il decreto relativo alla loro esclusione dal bando; pur se ciò è esatto egregio signor assessore — mi rivolgo a lei data l'assenza del Presidente — bisogna peraltro anche considerare quando il decreto venne notificato ai candidati! Non dimentichiamo, ad esempio, che un candidato aveva richiesto per iscritto, il 10 luglio, un'ulteriore visita medica; ad agosto ebbe quindi luogo il concorso, ma solo in settembre il candidato ricevette la notifica della sua inammissibilità al bando.

Non credo che notificare l'esclusione a concorso ultimato, vale a dire troppo tardi, significhi propriamente salvaguardare i diritti democratici del singolo cittadino.

Sempre nella mia interrogazione ho fatto cenno anche ad un'altra stranezza e cioè: al bando di concorso aveva partecipato pure un tale che già da sei o sette anni prestava servizio temporaneo, quale pompiere, presso il Corpo Permanente Vigili del Fuoco. Anche egli venne giudicato inidoneo, pur tuttavia continuò a prestare l'anzidetto servizio. A tal proposito mi fu risposto che l'uomo non figurando inquadrato regolarmente quale vigile del fuoco, veniva pagato sotto altro capitolo. Questo potrà anche essere vero, ciò non toglie però che malgrado egli, da sei o sette anni (ed ancor oggi), prestasse servizio quale vigile del fuoco, sia stato escluso dal concorso per assoluta inidoneità fisica. E' appunto il fatto che sia potuto rimanere presso il Corpo nonostante tale affermata inidoneità, che a me appare quanto meno bizzarro. Con ciò non intendo ovviamente sostenere che quel vigile vada licenziato, in quanto deve egli pure poter vivere, ma ritengo che ci si sarebbe dovuti regolare in egual misura nei confronti di quegli altri candidati non

ancora assunti in servizio, concedendo loro la possibilità di partecipare al concorso.

Qualcosa di positivo nella risposta del Presidente la vedo nel fatto che per il prossimo bando di concorso la Regione insedierà una propria commissione medica anziché avvalersi di quella dell'ospedale militare.

Ed ora un'altra questione. Già da anni continuo a far presente la necessità di stanziare in bilancio i fondi occorrenti per dotare di un adeguato equipaggiamento i Corpi Volontari Vigili del Fuoco, dato che il Corpo Permanente dispone di un proprio bilancio e di un finanziamento conforme alle esigenze. Nel corso dell'ultimo dibattito sul bilancio ho giudicato positivo il fatto che l'importo fosse stato finalmente elevato a 110 milioni di lire; in quell'occasione l'assessore regionale promise peraltro che detta cifra sarebbe per diversi anni rimasta invariata. Cos'è accaduto invece nel frattempo? E' accaduto che nel bilancio del corrente 1968 il succitato importo, previsto per entrambi le Province, è stato ridotto a 80 milioni, vale a dire decurtato di ben 30 milioni. E ciò malgrado la Giunta regionale, nella fattispecie il competente assessore, avesse tre o quattro anni fa nominata un'apposita commissione preposta a stabilire quale potesse essere il fabbisogno dei Corpi Volontari Vigili del Fuoco, ovvero a stabilire l'importo necessario annualmente per un equipaggiamento adeguato alle esigenze. La commissione calcolò che tale fabbisogno ammontasse a 100 milioni annui per ciascuna Provincia, vale a dire che alla Regione necessitassero complessivamente 200 milioni. L'importo venne però fissato e stanziato in ragione di 110 milioni, ossia 55 milioni per ciascuna Provincia, ed ora lo si vorrebbe decurtare di 30 milioni. Mi si ribatterà che il 1967 è stato un anno particolare poiché, causa la calamità atmosferica abbattutasi nel novembre

del 1966 sulla nostra Regione, il Servizio Antincendi lamentò una maggior perdita di materiale, per cui si dovette in merito provvedere un po' più largamente. Ma quel maggiore importo fu comunque egualmente insufficiente a coprire il danno relativo alla perdita del materiale in parola. Pertanto, signor assessore, sarebbe stato giusto e bene stanziare ancora in bilancio anche per il corrente 1968 e per gli anni a venire perlomeno questo importo.

Ancora una cosa: in occasione del dibattito sul bilancio dell'anno in corso, si parlò anche di un contributo straordinario garantito dallo Stato per il Servizio Antincendi, e si accennò ad un importo di 30 milioni. Vorrei pertanto sapere dal signor assessore se tale contributo sia già pervenuto o meno, ed eventualmente a quali fini s'intenda utilizzarlo. Questo è un punto.

Ve ne è anche un altro di cui vorrei parlare, e precisamente quello relativo all'attività dell'Unione Provinciale del Corpo Vigili del Fuoco Volontari della provincia di Bolzano. Come lei sa signor assessore tale unione è assai attiva; essa si è infatti assunta il compito di addestramento delle reclute del Corpo in parola, dirigendo e sovvenzionando all'uopo una scuola a Naturno. L'attività dell'Unione provinciale è talmente molteplice che sarebbe proprio il caso di considerare se non si debbano metterle a disposizione più fondi, onde consentirle di poter assolvere a tutti i propri compiti. E' ovvio che mi sto riferendo unicamente all'Unione provinciale di Bolzano, in quanto quella di Trento opera in qualche modo su altro piano. In provincia di Trento non sussistono infatti Unioni distrettuali ed anche l'attività dell'Unione provinciale è, per quanto ne so, minima, e la pregherei proprio di sincerarsene signor assessore! Questi contributi sono stati negli ultimi anni sempre versati, alle Unioni del

Corpo Volontario Vigili del Fuoco di entrambe le province, in egual misura, malgrado che a Trento l'attività sia, come già detto, assai ridotta. Io so che l'Unione provinciale di Bolzano ha sempre presentato un resoconto sull'utilizzazione di tali fondi, mentre l'Unione trentina non lo ha finora mai fatto; una trascuratezza quest'ultima cui si potrebbe e dovrebbe però ovviare, al fine di avere una visione d'insieme sull'impiego dei fondi in parola.

Ed ora un altro punto: da oltre un anno — almeno a quanto mi è stato comunicato — si trova di stanza a Merano un gruppo di vigili del fuoco del Corpo nazionale, mandati quassù da Roma. Mi interesserebbe sapere, signor assessore, a cosa siano preposti a Merano detti vigili, dato che se si tratta di servizi di pertinenza dei Vigili del Fuoco, dobbiamo riconoscere che disponiamo già di personale perfettamente all'altezza delle esigenze. Come risulta da certi scritti, i vigili del fuoco di Roma hanno denominato il proprio gruppo « Comando Territoriale del Servizio Antincendi di Merano ». Se si lascia che questo gruppo continui ad operare a Merano, ciò significa in qualche modo rinunciare alle nostre competenze. Essendo il servizio antincendi esclusiva competenza della Regione, non dovrebbe essere consentito che in una qualche località della regione possano prestare servizio altri vigili del fuoco che non siano i nostri. Rientra pertanto nell'interesse della regione salvaguardare le proprie competenze ed i propri diritti, cercando di appurare una volta per tutte cosa quel gruppo di vigili del fuoco ci stia a fare a Merano, ove è alloggiato presso un albergo.

Vi è un altro punto, del quale avevo peraltro già parlato, ed a cui desidero ancora accennare. Lei sa signor assessore che ai sensi della legge regionale del 1963 viene erogata ai Corpi volontari vigili del fuoco, oltre ad un im-

porto fisso annuo, anche una quota fissa pro-capite stabilita in base al numero degli abitanti residenti nel raggio d'azione del Corpo stesso. Se in un Comune presta dunque servizio un solo nucleo volontari, esso riceve cento lire per ogni abitante. Nei Comuni aventi invece vari Corpi volontari l'importo dovuto deve essere naturalmente ripartito ed assegnato ai singoli Corpi secondo la zona di loro competenza. Dette quote pro-capite vengono versate, come ho già ribadito innumerevoli volte, vengono versate ripeto, ai Comuni anziché direttamente ai Corpi in parola, sistema questo che ha provocato spesso dissensi e lagnanze dovute al ritardo con cui i Comuni, causa motivi connessi ad alcune formalità burocratiche, provvedono al versamento delle quote ai singoli Corpi volontari. Per ovviare a detti inconvenienti proposti a suo tempo di modificare la legge, nel senso che ai Corpi volontari venisse versato direttamente non solo l'importo annuo fisso, bensì anche la quota pro-capite, e per farlo basterebbe che mediante una delibera del Consiglio comunale venisse fissata la zona di competenza dei singoli Corpi volontari. Non sono stato e non sono comunque il solo a desiderare una modifica in tal senso; la mia opinione è infatti pienamente condivisa dagli stessi Corpi volontari Vigili del Fuoco, dalle Unioni provinciali e dalle Unioni mandamentali. I Comuni stessi sarebbero contenti di non doversi sobbarcare l'incombenza di prendere in consegna quel denaro per rimmetterlo quindi a chi di spettanza, in quanto ciò rappresenta un sovraccarico di lavoro cui rinuncerebbero volentieri. Anche il Consiglio d'amministrazione del Corpo Vigili del Fuoco di Trento è intervenuto a favore della proposta di una modificazione di legge, per cui sarebbe veramente tempo, signor assessore, di accogliere tale richiesta. Sono convinto che con un provvedimento in tal senso anche i pa-

gamenti verrebbero effettuati assai più celermente e senza intralci. Questo per quanto concerne il servizio antincendi.

Ma c'è ancora qualcosa che desidero menzionare, e questo qualcosa riguarda lei, signor assessore Fronza. Ho scorso per intero gli elenchi relativi alla suddivisione dei contributi assegnati per lo più ad Associazioni ed Istituzioni benefiche, ed ho constatato che si tratta normalmente di somme alquanto consistenti. La mia attenzione si è ad esempio soffermata particolarmente su di un importo che riguarda la Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra. Tale Ente che come altri ne ha fatto richiesta, ha ricevuto 80.000 lire, un contributo cioè fra i più bassi riportati nell'elenco. L'Associazione in parola si dedica all'assistenza delle famiglie dei caduti sudtirolesi, e le esigenze che le consentano di aiutare adeguatamente i propri soci sono perciò assai forti. Dico questo perché esaminando poi gli importi devoluti ad analoghe Associazioni italiane, ho dovuto constatare come esse abbiano ricevuto nell'insieme la ragguardevole somma di 1.100.000 lire. Non credo che fra 80.000 ed 1.100.000 il rapporto possa definirsi propriamente equo. Anche gli anni scorsi l'Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra ha sempre ottenuto contributi davvero assai modesti rispetto alle 3-4-500.000 lire percepite dalle singole Associazioni italiane, senza contare poi che queste ultime, contrariamente all'Associazione sudtirolese, vengono sovvenzionate pure dallo Stato. Ho quindi la netta impressione, signor assessore, che pesi e misure, come sulo dirsi, lascino in questo caso parecchio a desiderare, per cui vorrei pregarla di provvedere a che, almeno in questo corrente 1968, si agisca in merito con un po' più di giustizia ed equità.

Non ho altro da aggiungere, salvo l'ultima ulteriore constatazione che per esempio in pro-

vincia di Bolzano sono state elargite ai nomadi 400.000 lire, contro appunto le misere 80.000 lire assegnate a certe altre benefiche Istituzioni. Tutto ciò suscita pertanto l'impressione che all'Associazione Sudtirolese Vittime di Guerra si voglia concedere il meno possibile onde metterla in condizione di dover, presto o tardi, rinunciare alla sua attività assistenziale. Pertanto, signor assessore, la prego ancora caldamente di far sì che nell'assegnazione dei contributi per l'anno in corso, venga dimostrata anche nei confronti dell'Associazione in parola un poco più di comprensione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.U.): Signor Presidente, molto brevemente, per toccare il problema delle amministrazioni comunali che è già stato toccato da alcuni colleghi. Io intendo approfondire un tema che è già stato trattato qui anche ieri, sia pure accennato, dal collega Tanas. Per cui tralascio di affrontare il problema di fondo, che è quello della riunificazione, che ha formato oggetto di discussione anche stamattina. Ciò anche se ritengo, e questo intendo sottolinearlo ancora una volta, che da parte di tutti, ma specie da parte della maggioranza, debba essere posto un impegno politico molto maggiore nell'affrontare il problema con le amministrazioni comunali e soprattutto con le popolazioni, in modo da favorire una maturazione democratica nelle coscienze dei cittadini, per giungere alla conclusione, perché così come stanno le cose molte situazioni attuali sono già insopportabili e insostenibili e sono destinate a divenirlo sempre di più. In questa direzione un certo lavoro è stato fatto, però esso deve essere esteso e portato avanti nella profonda convinzione di

agire nell'interesse reale delle nostre popolazioni, prima ancora che delle amministrazioni comunali. Detto questo, penso di dover aprire il discorso, incentrandolo unicamente sulla situazione economico-finanziaria in cui si dibattono molti comuni e su alcuni suggerimenti, che in occasione della preparazione dello schema di sviluppo economico provinciale si è ritenuto di avanzare, con particolare riferimento alla proposta di creare un istituto di credito specializzato. Questo anche perché le dichiarazioni fatte ieri dal capogruppo della S.V.P. non rispondono né alla lettera di quanto contenuto nello schema predisposto dalla provincia di Trento e nel documento di coordinamento predisposto dalla Giunta regionale e approvato ieri notte a larga maggioranza dei consiglieri presenti in aula, né rispondono allo spirito con cui il problema è stato affrontato. E qui mi si consenta di essere buon testimone, dato che il capitolo relativo alla finanza locale e al riassetto comunale è il frutto del lavoro compiuto, come è noto, dal gruppo di studio da me presieduto e diretto, e composto da valenti funzionari, quali il dott. Manara della Regione e il dott. Pedrotti della provincia di Trento. Orbene, io vorrei chiedere al collega Kapfinger, se non ritenga che la proposta avanzata, pur essendo suscettibile di essere variata, se si vuole, integrata, modificata, corretta, sia da scartarsi proprio così a priori come il gruppo della S.V.P. ha inteso di fare. Per quel che mi riguarda, io credo evidentemente di no, dato che l'ho avanzata, ma credo anche che la S.V.P. l'abbia fino ad ora respinta con una motivazione che ha tutte le caratteristiche del pretesto, che come tale ha trovato la sede più appropriata nel contesto generale del discorso fatto ieri dal collega Kapfinger, e che l'abbia respinta con argomenti che nulla hanno a che vedere con l'interesse reale dei comuni. Perché se è vero che si possa fare

anche riferimento alle giacenze di cassa, che comunque si riferiscono al '65, quindi a qualche anno fa, anche se ci fosse una cosa di questo genere, non vedo quale danno deriverebbe ai comuni che avessero giacenze di cassa considerevoli, mettere queste giacenze a disposizione di comuni che in questo grado non fossero, derivando ai comuni aventi giacenze di cassa degli interessi sul prestito che verrebbe in tal modo effettuato. Ma perché non risponde né alla lettera di quanto contenuto nello schema di sviluppo predisposto dalla provincia di Trento, né a quanto affermato nel documento di coordinamento della Giunta regionale, né allo spirito? Perché le proposte non riguardano eventuali giacenze di cassa dei comuni, tant'è vero che non se ne parla nei documenti che ho citato, e perché nella situazione dei comuni trentini ciò non sarebbe nel modo più assoluto possibile. Basterebbe che noi dessimo una scorsa, senza che mi addentri adesso in esami di carattere approfondito, per vedere che la situazione debitoria dal 1956 al 1966, solamente per i mutui in ammortamento, è aumentata di 10 volte per quanto riguarda copertura di disavanzi economici, finanziamento di opere pubbliche nei comuni, esclusi Trento e Rovereto; ed è aumentata di poco meno per quanto riguarda i comuni principali, vale a dire Trento e Rovereto. Io credo che allo stato attuale della finanza locale, e lo ripeto, non pare possibile, nel modo più assoluto, che i comuni della provincia di Trento possano disporre di fondi da utilizzare anche temporaneamente, non solo con una certa durata di tempo, ma anche in un breve tempo ristretto. Perché? Primo, perché le eventuali disponibilità di cassa dei comuni hanno carattere del tutto provvisorio nella situazione attuale, e non è quindi pensabile di poter contare su tali fondi per destinarli ad impieghi che determinano una rinuncia pluriennale, si badi che,